

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

formt
Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanningh, beratend. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Besehbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreizehnpennige Beitzelle ober deren Raum 80 4.

Des Lichtes Sieg.

(Zum Pfingstfest.)

Aus ferner Kindheit tönt mir eine Sage —
Voll tiefen Sinn's, den erst der Mann erkannte —
Von einem Riesen, der tief unter Tage
Ein mächtig-großes Reich sein eigen nannte.
Dahin drang nicht der gold'ne Sonnenschein,
Des Mondes Glanz, der Sterne hell Gefunkel;
Umgrenzt und überwölbt von Felsgestein
War's eine Stätte für unheimlich Dunkel.
Ekles Gewürm kroch geifernd auf dem kalten
Schlüpfrigen Boden, der nur Gift konnt geben;
Die Eule nistete rings in den Spalten
Und sonst'ge Brut, die nicht am Tag kann leben.

Da hauste er, der Riese, ein Despot;
Nachahmend seinen fluchbelad'nen Ahnen,
Missachtend jedes heilige Gebot,
Ein grimmer Herrscher seinen Untertanen.
Herzlos und grausam quälte er die Armen
Mit Hülfe feiler, dienstbefliss'ner Spürren,
Er kannte weder Mitleid noch Erbarmen,
Blieb kalt bei Weheruf und Kettenklirren.
Nicht Menschen, feige Sklaven wollt' er bloss,
Von denen keiner nach der Freiheit fragte, —
Den traf gewiss qualvoller Strafe Los,
Der sein geheiligt Recht zu fordern wagte.

Voll Aengstlichkeit — womit ein bö's Gewissen
Die Schlechten strafft, die sich mit Schuld beschweren —
War der Despot unausgesetzt beflissen,
Dem Licht den Eingang in sein Reich zu wehren.
Es prophezeite warnend ihm einmal
Ein guter Geist: „Das Licht wird dein Verderben!
Sobald dich trifft der erste Sonnenstrahl
Musst du mit allen deinen Schergen sterben.
Frei werden dann, die du gelegt in Bänden,
All deine Sklaven, die dich längst verfluchen, —
Das heil'ge Licht macht ihre Not zu Schanden,
Du aber wirst vergebens Rettung suchen.“

Wohl hält' er gern, betrachtend seine Macht
Sich eingeredet, töricht sei's, zu denken,
Dass jemals in sein altes Reich der Nacht
Die Sonne könne ihre Strahlen senken.
„Solch' dumme Prophezeiung sollt' mich schrecken?“
Sprach oft er zu sich selbst — „Weshalb? Es waren
Doch diese harten Felsenwand und Decken
Schutz vor dem Licht seit ungezählten Jahren.
So werden sie's auch fürderhin noch sein!
Du dummer Geist wollt'st Spott nur mit mir treiben;
Hier dringt niemals der Sonne Licht hinein —
Ich werd' am Leben, werde Herrscher bleiben!“

Trost für den Augenblick, zu weichen stärkern Bangen!
Wohin auch der Despot den Blick mocht richten,
Die Furcht liess ihn nicht mehr zur Ruh' gelangen,
Sie wuchs und wuchs, und war nicht zu vernichten.
Emsig späht er umher an jedem Ort,
Und wenn er nur den kleinsten Riss erblickte,
So trug er Sorge, dass man ihn sofort
In aller Eile aufs genaueste flickte.
Die Wölbungen, die Kanten liess er stützen
Mit ehernen Pfeilern und sie fest verbinden.
Nichts liess er ungenützt, sein Reich zu schützen,
Die Furcht liess ihn stets neue Mittel finden.

Und mit der Furcht wuchs auch des Riesen Grimm,
Der Trieb zu immer ärgern Freveltaten;
Bezingen wollte er die inn're Stimm,
Die kündete: „Du hast dich selbst verraten!
Längst wissen, was du fürchtest, deine Sklaven,
Nun sehnen sie sich alle nach dem Lichte,
Das sie befreien soll und dich bestrafen.
Entgehen wirst du nicht dem Licht-Gerichte.
Umsonst versuchst durch wild're Grausamkeit
Du deine Herzensqualen dir zu lindern.
Dein Ende naht, — das Licht ist nicht mehr weit,
Kannst seinen Sieg mit keinem Mittel hindern.“

Indessen der Despot sich zürnend quälte,
Das drohende Verhängnis zu bekämpfen,
Und immer neue Strafen auswählte,
Der Armen Sehnsucht nach dem Licht zu dämpfen —
Frass drauss' am Felsgestein der Wurm der Zeit,
Geschickter als viel tausend Menschenhände,
Nach dem Gebote der Nötwendigkeit,
Zerstört Natur die Decken und die Wände.
Und eines Tags, zur hellen Mittagsstunde,
Sind krachend sie geborsten und gebrochen,
Das Licht drang ein bis zu dem tiefen Grunde —
Und es geschah, so wie der Geist gesprochen!

K. F.

gesellschaftung der Produktionsmittel das Endziel der Partei sei. Ist das heute auch noch nicht in den Statuten festgelegt, so waren dafür nur parteilastige Rücksichten maßgebend, um die notwendige schnelle Formierung der Partei nicht zu erschweren.

Von den 60 Kandidaten, die das A. N. C. (Arbeitervertreterkomitee) aufstellte, wurden 29 gewählt; von ihnen sind 25 Sozialisten. Von den Gewählten seien einige hier genannt. Zunächst ist Fritz Hardie zu erwähnen; er ist von Beruf Bergarbeiter, hat viel als Gewerkschaftsorganisator geleistet und hat sich auch einen Ruf als sozialistischer Schriftsteller erworben. Er war einer der Gründer der Unabhängigen Arbeiterpartei und ist ein ruhiger, scharf logischer Redner. Die Parlamentsfraktion hat ihn zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Mac Donald ist der Sekretär der neuen Partei, bekannt als sozialistischer Journalist und Herausgeber einer sozialistischen Wochenschrift. Er wird sich bald eine Stellung im Parlament verschaffen. W. Thorne, ein Tagelöhner, hat sich als Gründer der Gewerkschaft der Gasarbeiter einen Namen erworben. Er ist Sozialdemokrat und bekleidet die Stellung eines Stadtrates. Von den Abgeordneten sind fast alle, außer Mac Donald, praktische Arbeiter gewesen, die sich lediglich durch ihre Begabung und ihre Treue ihre Parlamentswürde erworben haben.

Außerhalb der Arbeiterpartei stehen noch ein paar Gruppen von Arbeitervertretern, die politisch den Liberalen zugerechnet sind, aber in den wichtigsten Fragen des Streikrechts zweifellos zur Arbeiterpartei halten werden. So haben die Bergarbeiter etwa ein Duzend Repräsentanten im Parlament. Manche von ihnen sind alte Männer, wie Thomas Burt, der seit 1874 Morpeth in Northumberland vertritt. Jedermann respektiert die alten Arbeiterführer, und niemand erwartet von ihnen, daß sie noch neuen Ideen zugänglich sein könnten. Andere aus der Bergarbeitergruppe dagegen gehören ganz der neuen Schule an. Zwei von ihnen eroberten ihre Wahlkreise gegen Liberale und Konservern, und wenn sie auch noch nicht Mitglieder der Arbeiterpartei sind, so können sie ihr doch nicht feindlich gegenüber stehen.

Weiterhin ist noch eine Sektion liberaler Gewerkschafter vorhanden. Sie zählt auch etwa ein Duzend Mitglieder, die ebenfalls den verschiedensten Richtungen angehören. Einige, wie Wadsworth, der im Wahlkampf gegen den Führer der sozialdemokratischen Föderation, Hyndman, siegte, ist ein entschiedener Antisozialist. Andere, wie z. B. William Steadman, Sekretär des Gewerkschaftsverbandes, sind Sozialisten und wurden nur durch besondere Umstände bisher davon abgehalten, der Arbeiterpartei beizutreten. Diese Gewerkschafter haben sich mit den Bergarbeitern zusammengeschlossen und werden in Arbeiterfragen gemeinsam vorgehen. Schließlich gehört noch eine fortgeschrittene radikale Gruppe unter der Leitung von Charles Dilke dem Parlament an, die einen Teil der englischen Bergarbeiter vertritt. Viele von ihnen sind Sozialisten der Ueberzeugung, nach und in bestimmten Fragen nehmen sie zum mindesten die gleiche fortschrittliche Stellung ein wie die Arbeiterpartei.

So sind also im ganzen Parlament etwa 80 Abgeordnete, auf die sich die Gewerkschaften verlassen können. Das will zwischen 670 Abgeordneten, die das ganze Parlament ausmachen, freilich nicht viel sagen. In allen Arbeiterfragen (Streikrecht, Arbeitslosigkeit etc.) wird aber die liberale Partei den Arbeitern recht weit entgegenkommen müssen, denn ihren glänzenden Sieg über die Konservern hat sie schließlich zu einem nicht geringen Teil den Arbeitern zu verdanken, die dort, wo eine selbständige Arbeiterkandidatur nicht vorhanden war, geschlossen für den Liberalen, gegen den Konservern gestimmt haben. Die Liberalen werden also nicht den Akt zersägen dürfen, worauf sie sich, wenn auch ihre angebliche Arbeiterfreundlichkeit eine harte Belastungsprobe ausstehen muß.

Nach all diesem ist ohne Ueberschwang zu sagen, daß die englische Arbeiterbewegung eine gefährliche Krise nach der glücklichen Seite hin überstanden hat. Noch mehr: die jahrelangen Bestrebungen energischer und stiller Männer, die Arbeiter aus ihrem politischen Halbstaat zu tatkräftigem Leben zu erwecken, sind endlich von Erfolg gekrönt: die englische Arbeiterklasse ist erwacht; sie schließt sich an, mit ihren Klassengenossen auf dem Festlande in eine Front zu treten, um mit ihnen gemeinsam für das Ziel aller Arbeiterparteien zu kämpfen: für die Befreiung der Arbeit aus dem Joch der kapitalistischen Produktionsweise. Wohl drängt sich die Frage auf: Wird diese selbständige politische Betätigung nicht mit dem Augenblick wieder aufhören, wo ihre äußerliche Veranlassung, die Notwendigkeit der Gewerksvereine, beseitigt ist? Unseres Erachtens wird das nicht zu befürchten sein. Die der kapitalistischen Gesellschaftsordnung immanente Tendenz, die Zusammenstöße der verschiedenen Interessengruppen immer größer und schärfer werden zu lassen, wirkt auch in England, und dort erst recht. War sie bis vor einigen Jahren nicht vorhanden, so darum nicht, weil, wie wir schon gezeigt haben, den Industriellen bei der beifolgsamen Ergiebigkeit der Industrie (bedingt durch ihre Monopolstellung) die Tätigkeit der Gewerkschaften nicht völlig genug fiel, um dagegen energischen Widerstand zu leisten. Diese Zeiten aber sind unwiederbringlich dahin. Die wirtschaftlichen Kämpfe werden auch in England fortwährend größer und heftiger werden; die Interessengegenstände werden auf wirtschaftlichem Gebiete immer härter aufeinander stoßen, und diese Gegensätze werden auch auf politischem Gebiet ihren Ausdruck finden.

Diese Erwägung gibt uns die Ueberzeugung, daß die Bildung der Arbeiterpartei der Anfang einer neuen ruhmreichen Epoche des englischen Proletariats ist. Und diese Epoche gehört auch hier, wie in allen Kulturländern, dem Sozialismus.

Diese Artikel wurden bereits vor längerer Zeit geschrieben; der Raumangel zwang uns jedoch, sie immer wieder zurückzustellen. Inzwischen hat die englische Arbeiterpartei schon wiederholt Gelegenheit zu parlamentarischer Betätigung gehabt und auch trefflich benützt. Die wichtigsten Ereignisse auf diesem Gebiet haben unsere Leser in der „Politischen Umschau“ verzeichnet gefunden.

Politische Umschau.

Die für den 20. Mai vorgesehene große Versammlung des Reichstages ist bereits Montag, den 28. Mai, eingetreten. Sie dauert bis zum 13. November, also nahezu sechs Monate. Drei Tage vor der Versammlung, am 25. Mai, wurde im Reichsgesetzblatt das Gesetz, betreffend die Veränderung des Art. 22 der Reichsverfassung und das Gesetz, betreffend die Veränderung von Mitgliedschaften in den Reichstagen, veröffentlicht. Beide Gesetze, die das Datum des 21. Mai 1906 tragen, sind damit in Kraft getreten. Sonach wurde denn auch der vorgeschriebene Präsenzfeststellung (durch Eingehung der Abgeordneten in aufstehende Reihen) der Anfang gemacht.

Die Sitzungen der letzten Tage verliefen unter ungewöhnlich starker Beteiligung der Abgeordneten. Alle Materien, die noch zur Beratung standen, erlitten eine beschleunigte Erledigung, so insbesondere die Militärfinanzgesetze. Von mehreren Rednern der Linken, besonders scharf von sozialdemokratischer Seite, wurde u. a. Kritik daran geübt, daß das Gesetz für die Unterlassen des Reichsheeres die Mannschaften viel ungünstiger stellt, als die Offiziere durch das deren Pensionierung betreffende Gesetz. Es ist ein nicht zu rechtfertigender, geradezu monströser Widerspruch, wenn die Bestimmungsmittel für die Offiziere auf A. 900 bis A. 1800, bei den Mannschaften dagegen nur auf A. 324 bis 648 festgelegt wird. Trotz der schweren Mängel, die dieses Gesetz enthält, stimmten auch die Sozialdemokraten dafür, weil es gegenüber dem bisherigen Reichszustand erhebliche Verbesserungen bietet.

Die dritte Beratung des Etats des Reichsamts des Innern brachte noch einige längere sozialpolitische Debatten. Gaupflichter erlitten die Verhältnisse und Forderungen der Bergarbeiter abermals eine Erörterung, an der sich die sozialdemokratischen Abgeordneten S. G. und S. G. lebhaft beteiligten. Es lagen folgende Resolutionen vor:

Von Seiten der Abg. Albrecht (Soz.) und Genossen: den Reichstagsrat zu ersuchen, durch das Reichsversicherungsamt feststellen zu lassen, ob in den Unfallversicherungsvorschriften der Knappschaftsberufsgenossenschaft Bestimmungen enthalten sind, die für alle Grubenbetriebe Feuerlöschrichtungen und Rettungsapparate vorschreiben, wodurch Katastrophen gleich denjenigen von Courrières verhindert werden

können. Sollte festgestellt werden, daß eine ausreichende Sicherheit nicht geboten ist, dann möge das Reichsversicherungsamt die Knappschaftsberufsgenossenschaft im Aufschlagswege anhalten (§ 112 des Gewerbeunfallversicherungsgesetz) schleunigst die Unfallversicherungsvorschriften zu ergänzen und ihre strengste Beachtung auf allen Gruben zu erzwingen.

Ferner von den Abg. Giesberts (Str.) und Genossen: Den Reichstagsrat zu ersuchen:

1. bei den verhandelnden Regierungen den Erlass wirksamer Verordnungen zur Sicherung der Bergarbeiter gegen Explosions- und Feuergefahr anzuregen und 2. durch das Reichsversicherungsamt Erhebungen über die zu diesem Zwecke im Bergbau bestehenden Einrichtungen und Vorschriften vorlegen zu lassen und die Knappschaftsberufsgenossenschaft zur Aufnahme wirksamer, entsprechender Bestimmungen in die Unfallversicherungsvorschriften anzuhalten.

Letztere Resolution fand Annahme. Das Zentrum war mit seiner Resolution erst herorgetreten, als die sozialdemokratische bereits eingebracht worden war.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Bebel und Bernstein kritisierten u. a. scharf die Drangsalierungen, denen die Arbeiterorganisation durch Unternehmern und Behörden ausgesetzt ist. Dabei wurden auch die bekannten empfindenden Breslauer Vorgänge zur Sprache gebracht. Als dabei des Arbeiters Erwähnung getan wurde, kam in Breslau ein „nicht zu ermittelnder“ Zeugmann bedauerlich die Hand abgehauen hat, kam die Gefährlichkeit gewisser „Staatsbehörden“ auf der rechten Seite des Hauses durch Gelächter und spöttische Bemerkungen recht deutlich zum Ausdruck. Gegenüber dem schamlos terroristischen Vorgehen des Verbandes der Metallarbeiter, um sie zum Austritt aus der gewerkschaftlichen Organisation zu zwingen — eine Prozedur, die sich unmittelbar gegen das Koalitionsrecht richtet — verhielt Bebel: Die ganze deutsche Arbeiterklasse werde hinter den Metallarbeitern stehen.

Wie der Staatssekretär des Innern Graf Posadowsky auf eine Anfrage mittelst, soll das Gesetz über die Reichsfähigkeit der Berufsvereine erst in der nächsten Session vorgelegt werden. Einem Eingehen auf die schwere Mißlage gegen die Breslauer Polizei wich der Staatssekretär aus, indem er die belächelte „Kompetenzfrage“ aufwarf und erklärte: Das Reich habe kein Recht, sich in die Angelegenheiten bundesstaatlicher Polizei einzumischen. Die Breslauer Angelegenheit sei im preussischen Abgeordnetenhaus zu erledigen; dort werde man „vielleicht ein objektiveres Bild bekommen“ (117).

Der sozialdemokratische Abgeordnete Herzfeld brachte den Hamburger Seemannsstreit zur Sprache. Er führte aus: Viel gesagt wird unter der alten Seemannsordnung über die Ausbeutung der Seeleute bei der Heuer. Die Seemannsbestimmungen der neuen Seemannsordnung haben die Heuerbase im Verein mit den großen Redereien in neue Ausbeutungsmöglichkeiten der Arbeiter verwandelt. Selbst der Hamburger Polizeirat Ohlshausen beklagt in der „Sozialen Praxis“, daß alle Bestimmungen über die neue Seemannsordnung auf die Heuerbase der großen Schiffsfahrtsgelegenheiten keine Anwendung finden. Diese schweren Mißstände, die sich unter der neuen Seemannsordnung herausgebildet haben, geben Anlaß zu dem Streik, der sich jetzt im Hamburger Hafen abspielt. Als der Seemannsverband dabei eine Unternehmung mit Herrn Wallin nachsuchte, dieser hervorragenden Stütze des Throns, die auf die Regierung der allerhöchsten Einfluß hat, antwortete er zugleich im Namen des Reederverbandes, daß diese Unternehmungen von vornherein abgelehnt werden müßten, solange nicht die von den Seeleuten gewählte Kommission Garantien dafür zu bieten in der Lage sei, daß an die Stelle der verabschiedeten Agenturen in der Leitung des Verbandes Männer gesetzt würden, die im Frieden mit dem Reederverbande zusammenarbeiten wollen. Die Arbeiter haben sich ja von den Unternehmern in den wirtschaftlichen Kämpfen schon mancherlei müssen bieten lassen. Aber diese größte Beschimpfung der Arbeiterrechte, die Zumutung, vertritt sich die eigenen Führer im Stich zu lassen, blies den liberalen Hamburger Rednern vorhalten. Nun, die seemannische Organisation zu vernichten, ist dem Reederverband nicht gelungen. Zwar haben die Hamburger Seeleute, weil die Reeder Hilfe bei den Behörden fanden, den Streik verloren, aber die Organisation ist trotzdem gewachsen. Die gleichen verwerflichen Mittel hat der Reederverband gegen den Verein seiner eigenen Offiziere angewandt. So stehen die Reeder zum Koalitionsrecht der seemannischen Arbeiter.

Auch grobkostige ordnungspolitische Komit kam zu ihrem Recht. Der Zentrumsmann Naden verlangte, wünschenswert noch unter dem Eindruck der Nachwirkungen der in der Sammelversammlungen im Reichstagsrat stattgefundenen Weirprobe stehend, eine finanzielle Unterstützung des Reichsfeuerwehverbandes mit der Motivierung: der Verband würde gegen putzende Arbeiter gern seine Feuerproben zur Verfügung stellen!

Die Tagung am letzten Sonnabend teilte sich in drei, mit kurzen Unterbrechungen, aufeinanderfolgenden Sitzungen — ein Verfahren, das nötig war, um verschiedene Vorlagen — so ein Handels- und Schiffsverkehrsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Schweden, eine Ergänzung des Hauskassensatzes für die Schuggebiete etc. in zweiter und dritter Beratung zu erledigen. Die Mehrheit des Hauses war von der festen Absicht geleitet, die Verhandlung an jenem Tage zu Ende zu führen, um sie in der folgenden Woche nicht wieder aufnehmen zu müssen. Die Stimmung, die das Haus beherrschte, drängte auf den alsbaldigen Schluß des Sessionsabschlusses. Dieser würde in später Abendstunde auch eingetreten sein, wenn nicht die Forderung der Regierung, betreffend die Einsetzung eines Staatssekretärs für ein neues Reichskolonialamt abgelehnt worden wäre. Damit aber war ein Vacuum im Etat entstanden. Aus geschäftsbewahrenden Gründen mußte der Präsident das Haus noch einmal verlagern.

Montag, den 28. Mai, wurde der frühere Zustand des Reichskolonialamts mit einem Direktor an der Spitze wieder hergestellt. Die Konservern und Nationalliberalen wollten Odraktion; es sollte nicht viel, das das Kolonialamt abermals abgelehnt worden wäre. Vom Abg. Singer und anderen Rednern der Linken wurde der Kaiserenthron scharf gerügt, den der Regierungsbetretter Oberst Dörmann am Sonnabend gegen den Reichstag

anwenden und den blutigsten Aufständen der Welt? Schelling, der Vater, * sagt (Unterweisungen über das Wesen der menschlichen Freiheit, Bd. VII S. 351): „Der Gedanke, die Freiheit einmal zum Eins und Alles der Philosophie zu machen, hat den menschlichen Geist überhaupt nicht bloß in Bezug auf sich selbst in Freiheit gesetzt und der Wissenschaft in all ihren Teilen einen kräftigeren Impuls gegeben, als irgend eine frühere Revolution.“ Schelling der Vater, steht also gleichfalls nicht, wie die Phantasie des Staatsanwalts, bei dem Worte „Revolution“ Gurgeln vor seinen Augen blitzen. Er nimmt dieses Wort, indem er es auf die Einwirkung des philosophischen Grundprinzips anwendet, gleich in mit einem mit materieller Gewalt durchgeführte nicht zusammenfallenden Sinne.

Dann erklärte Kallale den wissenschaftlichen Sinn des Wortes „Revolution“, und wie sich Revolution von Reform unterscheidet, dahin: Revolution heißt Umwälzung, und eine Revolution ist somit dann fest eingetreten, wenn, gleichwohl, ob mit oder ohne Gewalt — auf die Mittel kommt es dabei gar nicht an — ein ganz neues Prinzip an die Stelle des bestehenden Zustandes gesetzt wird. Reform dagegen tritt dann ein, wenn das Prinzip des bestehenden Zustandes beibehalten und nur zu milderen oder konsequenteren und gerechteren Folgerungen entwickelt wird. Auf die Mittel kommt es dabei wiederum nicht an. Eine Reform kann sich durch Fiktion und Mißvergehen durchziehen und eine Revolution im größten Frieden. Die Bauernkriege waren der Versuch einer durch Waffengewalt zu erzwingenden Reform. Die Entwicklung der Industrie war eine in der friedlichen Weise sich vollziehende soziale Revolution; denn ein ganz neues Prinzip wurde dadurch an Stelle des bis dahin bestehenden Zustandes gesetzt.

Schließlich lief Kallale sich auf den Professor Huber, einen streng konservern und sozialistisch gesinnten Mann, der einen ganzlich lokalen Umwälzung als vollständig sicher und im geistigsten friedlichen Verlauf der Dinge eintretend infolge der Sozialisationsbewegung der Arbeiter vorausgesetzt hatte.

* Der öffentliche Ankläger gegen Kallale, der Staatsanwalt Schelling, war der Sohn des hier zitierten Philosophen.

das ganze organisierte Proletariat Österreichs den schimpflichen Resolutionen der Privilegierten, der Randarbeitler entgegen. Mit der mächtigen Demonstration vom 28. November d. J. hat es seinen letzten Willen bekundet, länger nicht in diesem Staate als politisch unhinterfragt zu gelten. Seit diesem Tage hat es ruhig zugewartet, ob nicht die bessere Einsicht und die Rühmlichkeit die Privilegierten bekehren werden. Denjenigen, die sich aus Furcht vor der ersten Spaltung hingeben, die Wahlreform zu verhindern, muß es mit aller Deutlichkeit gesagt werden: Sie spielen ein gefährliches Spiel. Sie tragen das volle Maß der Verantwortlichkeit für all das Verhängnisvolle, was da kommen muß, wenn auch diesmal der Wille des Volkes nicht durchdringt. Das Proletariat Österreichs wird Mittel finden, die es jedem klar machen werden, daß die Zeit des Privilegiertenparlamentes in Österreich endgültig vorüber ist. Banger als ein Menschenalter hat das österreichische Proletariat um seine politische Gleichberechtigung gekämpft. Es war ein schwerer und opferreicher Kampf. Heute winkt das Ziel, und das Proletariat ist fast entschlossen, in der entscheidenden Stunde alle Kräfte aufzubringen. Die Entschlossenheit der Masse ist da und sie wird, wenn die Mittel der Einsicht, der politischen Vernunft versagen, zum Siege führen. Mit dem Siege der Wahlreform aber ist der erste Schritt getan auf dem Wege, der Österreich aus dem Sumpfe der Gegenwart in eine bessere Zukunft führt.

Die russische Duma hatte an den Zaren eine scharf gehaltene „Adresse“ gerichtet, worin dringend eine Erweiterung der Volksfreiheit und die Amnestie aller politischen Verbrechen gefordert wurde. Die Antwort der Regierung, die die Duma am 26. Mai vorgelegt wurde, ist einerseits ziemlich inhaltslos, andererseits wenig vertrauenswürdig. Die von dem Ministerpräsidenten Gortytschew verlesene Erklärung fand in der Duma gar keinen Beifall. Alle Redner gaben ihren Enttäuschung Ausdruck. Unter dem Beifall der ganzen Versammlung wurde gesagt: Der Glaube, daß das Ministerium den Weg der Konstitution befolgen werde, sei leider ein Irrtum gewesen, die Hauptfrage, die Amnestie, die das ganze Volk bewegt, sei unbedingte abschneidend bestritten worden. Die Erklärung des Ministeriums bedeute die Kriegserklärung an das Land, das behauptet sei, nicht von der Revolution, sondern von der Politik der halben Augenblicke der Regierung. Die alte Politik dauere fort, die Politik der Vergewaltigungen und des Kriegszustandes, die Verbrechen hervorruft; die Verhängung sei auf diese Weise unumkehrbar. Die Regierung solle immer das Land ein in gefährliche und sichere Reute, in unangenehme und unangenehme Reute. Die Lösung der Rechtsfrage komme dem Volke und nicht der Regierung zu, die sich der gesetzgebenden Gewalt unterwerfen müsse. Obgleich die Verantwortlichkeit der Minister noch nicht eingelegt ist, so hoffe die Duma, daß das Bewußtsein der Notwendigkeit einer solchen Verantwortlichkeit sich doch dem Geiste der Regierung eingeprägt habe. Wenn sie sich dieses Bewußtseins nicht begeben habe, so müsse sie einem neuen Ministerium Platz machen.

Ueber das englische Oberhaus (ähnlich dem preuß. Herrenhaus) gab der englische Handelsminister George Goschen in einer Rede in Liverpool folgendes Urteil ab: „Der Augenblick ist gekommen, zu prüfen, ob dem Oberhause gestattet werden darf, sich dem Volke zu widersetzen. Ich bin immer der Ansicht gewesen, daß das Oberhaus ein Symptom des Fortschritts gewesen ist, und nie bin ich mehr davon überzeugt gewesen, als seit dem Zeitpunkt, an dem ich Minister wurde. Das Oberhaus vertritt die Feindschaft des Landes; kein einziger Arbeiter befindet sich darin.“

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:
Düchelsdorf i. L. (Sperren über unterschiedliche Unternehmer der Umgegend), Stierkrade und Umgegend (Differenzen);

Schleswig-Holstein:
Meldorf (Streik), Ahrensböck (Differenzen), Bramstedt (Sperre über Rathens in Hemdingen), Nortorf (Sperre über Hoeschen in Bargstedt);

Mecklenburg:
Schwerin, Güstrow (Bauarbeiterstreiks), Sülze (Sperre über Holdorf), Ratzeburg, Rüböl, Neubuckow (Streiks), Lage (Sperre über Korff), Rostock (Sperre über Meier und Lembke), Klütz (Aussperrung);

Pommern:
Gollnow (Sperre über Küster), Stralsund (Streik), Ostlin (Sperre über H. Schütter), Demmin, Greifswald (Aussperrung);

Ost- und Westpreussen:
Konitz, Vandsburg (Aussperrung), Marienwerder (Aussperrung in Rehlfeld b. M.), Goldap, Memel, Pr. Stargard (Streiks), Elbing (Zimmererstreik);

Posen:
Krotoschn-Freyhan (Streik);

Schlesien:
Breslau, Sprotau (Differenzen), Hirschberg-Cannardorf (Aussperrung), Oppeln, Niesky, Ostrow, Gottschew, Borsdorf O.-L. (Streiks), Weisswasser (Sperre über Unternehmer Wind-schild), Antonienhütte (Sperre über Ptook);

Brandenburg:
Wittenberge (Aussperrung), Fürstenwalde, Alt-Karbe, Forst, Schwiebus, Treuenbrietzen (Streiks), Berlin (Zementbranche; Sperre über

O. Stüwe), Trebitzsch (Sperre über Hamann), Finsterwalde (Differenzen), Freienwalde, Lyden, Guben, Zehdenick (Bauarbeiterstreiks), Stralsburg i. d. Tokern (Sperre über B. Henschel);

Provinz Sachsen und Anhalt:
Ammerdorf (Streik), Bernburg (Aussperrung), Wolmirstedt und Umgegend, Dessau, Stassfurt und Umgegend (Differenzen), Fichtenberg (Sperre über Goldschmidt);

Königr. Sachsen:
Leipzig (Gesperret sind die Firmen Marlen & Kunze, Bahnhofsbauten, Karl Wilhelm Thormann, Leipzig-Anger, Wiebelstr. 9, Karl Feist in Wahren, Hallesche Strasse, M. Klenke in Möckern, Hallesche Strasse, Bernhard Schammelt, Ecke Bayersche und Hardenbergstrasse, Otto Dietze, Wahren, Hallesche Strasse, F. Bieber in Leipzig-Gohlis), Wurzen (Sperre über Lehmann in Püchau), Hirschberg, Sebnitz, Neustadt, Stolpen, Pirna, Reichenau (Aussperrung), Sehdan, Zwickau, Penig, Grossschärdorf, Reichenbach i. V., Zittau, Grimschitzsch, Aue, Bautzen (Streiks), Weisseneis (Differenzen), Babelsberg, Waldheim (Zimmererstreiks);

Hannover, Oldenburg und Lippe:
Visselhövede (Sperren über Cohrs und Köster), Osterode a. Harz (Streik), Emden, Münden (Zimmererstreiks), Menburg a. d. W., Hildesheim, Aurich, Deimold (Streiks), Verden (Aussperrung), Gelle, Harburg (Bauarbeiterstreik);

Braunschweig:
Stadtfeld (partieller Streik), Schöppenstedt (Differenzen, Sperre über Angerstein);

Thüringen:
Erfurt (Sperre über Wagner), Eisenach (Sperre über Wagner), Gera (Sperre über Hirsch), Arnstadt (Sperre über Paust und Papst), Kahla (Aussperrung), Meuselwitz (Sperre über K. Müller), Schweina, Liebenstein, Gotha, Schleithelm, Suhl (Streiks), Rudolstadt (Differenzen);

Rheinprovinz und Westfalen:
Rheine (Differenzen), Ahrtweiler-Neuenahr (Streik), Düsseldorf (Sperre über Heck, Zementierer), Düsseldorf-Neuss (Sperre über Lünen), Düren (Sperre über Brune);

Bayern:
Nürnberg (Sperre über Schaller), Erlangen, Alzenau, Hof a. d. S., Passau, Bayreuth, Regensburg, Würzburg (Streiks);

Hessen:
Flörsheim, Finthen, Mühlheim-Dietesheim, Borsdorf, Dillenburg (Streiks), Hersfeld (Aussperrung), Schwanheim a. M. (partieller Streik);

Baden-Pfalz:
Hassloch, Schwetzingen, Weinheim, Edingen, Heddesheim, Schifferstadt, Baden-Baden, Grünstadt (Streiks), Singen (partieller Streik), Mannheim (Streik der Bauarbeiter);

Elsass-Lothringen:
Gebweiler (Streik);

Württemberg:
Reutlingen, Vaihingen a. d. F., Zuffenhausen, Ulm (Streiks);

Fliesenleger:
Rhein-westfälisch. Industriegebiet (Lohnbewegung);

Oesterreich:
Bad Hall, Bodenbach, Pilsen (Streiks), Wien (Aussperrung);

Maurer werden gesucht nach Kiel und Jork-Ebebrügge.

Gau Lübeck. In Rostock beschäftigten sich die Kollegen am 21. Mai in einer außerordentlichen Mitglieder-Versammlung mit den Lohnregulierungen seitens der hiesigen Innungsmeister. Es wurde festgestellt, daß bei den Maurermeistern Meier und Rembe Stundenlöhne von 40 bis 42 $\frac{1}{2}$ gezahlt werden, während der örtliche Stundenlohn 60 $\frac{1}{2}$ beträgt. Festgesetzt wurde weiter, daß bis jetzt sieben Kollegen auf dem Feuerwehrturm nur 40 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn erhalten haben. Als diese Kollegen wegen des zu wenig gezahlten Lohnes vorzeitig wurden, wurde ihnen von dem Techniker Rembes mitgeteilt, daß sie als Junggefelln zu betrachten seien und dementsprechend nur 40 $\frac{1}{2}$ zu erhalten hätten. Einem Kollegen wurde denn auch der geforderte Lohn nachgezahlt. Da aber unsere Kollegen keine Lust hatten, sich so behandeln zu lassen und die unter dem festgesetzten Lohn zu arbeiten, so haben sie die Arbeit bei den obengenannten Meistern niedergelegt. Die Kollegen sind der Meinung, daß die Gefellen, wenn man sie eine Prüfung machen läßt, auch ein Recht haben, den vollen Gefellenlohn zu beanspruchen.

Gau Stettin. In Demmin sind die Unternehmer mit allen Mitteln dabei, ihre Aussperrung zum vernünftigen Schlag gegen die Organisation zu machen. Die Italiener sind noch nicht eingetroffen. Sie werden auch kaum für 40 $\frac{1}{2}$ pro Stunde arbeiten. Wenn man dem in der Erregung entzündeten Gemüths eines Unternehmers glauben darf, so sind sie von einem Agenten um 4.50 geprellt. Mit der Materialsperrung versucht man es auch. Wie diese wirkt, zeigt eine Annonce im „Demminer Tageblatt“, wo die Unternehmer Plauz und Schmalzing bekannt machen, daß sie über genügendes Material verfügen und sich sogar erziehen, andere Unternehmer noch etwas abzulassen. In solcher Weise will man die alten Kollegen von der Baustelle entfernen. Der Herr Direktor hält diesen eine Kupferzeit und gibt ihnen 8 Tage Bedenkzeit. Der „Mitarbeiter“ muß auch mit daran. Das Schreiben lautet:

Herrn Maurer M. M.
Sie sind in der Mitte der in Demmin und Umgegend ausgesperrten Maurer aufgeführt, und fragen wir hiermit an, ob Sie dem Zentralverband der Maurer Deutschlands an-

gehören. Sollte dies der Fall sein, so wären Sie der Mitgliedschaft unseres Militärvereins verlustig, da sich die Statuten dieses Verbandes mit den Satzungen unseres Vereins nicht decken. Wir setzen Ihrer schriftlichen Antwort bis zum 25. d. Mts. entgegen, andernfalls wir annehmen, daß Sie Mitglied des Verbandes sind und mit Verlust eines jeden Anspruchs aus dem Militärverein Demmin und der damit verbundenen Stiefelkasse ausscheiden.

Vorstand des Militärvereins in Demmin.
Schweib, Vorsitzender.

Ohne Zweifel haben hier die Unternehmer die Hand im Spiel. Ebenso auch bei dem Militärhofstett gegen den Verbands-Virt. Die Mittel nutzen wenig. Abgesehen sind erst zwei alte Kollegen.

Der Arbeitgeberverband in Greifswald hat in feibeler Weise den seit April d. J. bestehenden Vertrag gebrochen, der noch bis 1. April n. J. Gültigkeit hatte. Welt der Unternehmer sammelt seine Leute, kriegen konnte, nahm man an, daß es heimlich gespart sei und hier die Gefellen aus, weil sie nicht dafür einzutreten vermochten, daß Sammam genügend Reute erhalte. Die Aussperrung erfolgte am 21. Mai und umfing sämtliche Maurer und Bauarbeiter. Die Polizei wollte man bei der Arbeit belassen, doch gegen diese es vor, sich mit den ausgesperrten solidarisieren zu erklären. Die ausgesperrten fordern nunmehr einen Stundenlohn von 45 $\frac{1}{2}$.

Die Unternehmer in Saunerkreuz haben von ihren Nachbarn in Rostock solch geleitet, daß ein anständiger Friede besser ist als Krieg. Am 6. Mai kam dieses Abkommen zu Stande: bis April 1907 34 $\frac{1}{2}$ in der Stadt, außerorts 36 $\frac{1}{2}$ und 11 Stunden Arbeitszeit. Von da an bis April 1908 36 $\frac{1}{2}$ in der Stadt und 38 $\frac{1}{2}$ außerorts, sowie 10 $\frac{1}{2}$ Stunden Arbeitszeit. Bei Arbeiten außerhalb wird alle 14 Tage ein- und Ausfahrt voll bezahlt und Fahrgehalt 4. Klasse vergütet. Junggefelln erhalten bis zu 5 $\frac{1}{2}$ weniger. Gesehliche Kündigung bleibt bestehen. Damit sind die Unternehmer über ihr erstes Angebot und unsere Forderung hinausgegangen. Unternehmer Oster Karge kann seinen Stolz noch nicht soweit zähmen, um mit uns zu parieren.

In Jarman ist ebenfalls eine Verhandlung erfolgt. Für 1906 11 Stunden und 35 $\frac{1}{2}$, für 1907 10 $\frac{1}{2}$ Stunden und 38 $\frac{1}{2}$. Die Sperren über Brandt und Selbstmord sind aufgehoben. Zuzug tüchtiger Verbandskollegen ist erwünscht. Warum nicht gleich so?

Der Kampf in Stralsund dauert unverändert fort. Zuzug ist streng fern zu halten.

In Zingowitz wurde anfangs April der Verein wieder errichtet. Im Mai ergab man 8 $\frac{1}{2}$ pro Stunde mehr, also 40 $\frac{1}{2}$. Bei etwas regerem Interesse der Einwohner wurde der Schweinehälter-Tarif zur Anerkennung gebracht worden.

Gau Oden. In Okerode in Pr. sind die Kollegen bis auf die Streikleitung auf zu den neuen Bedingungen in Arbeit getreten. Die Unternehmer wollen dadurch noch ein wenig Nade üben, daß sie die leitenden Kollegen nicht einstellen wollen; in Betracht kommen vier Kollegen. Gespart sind noch vier Bauteile der Unternehmer Moschell, Neumann, Wäber und Hofmann. Die Herren werden wir auch noch soweit zur Bestimmung bringen, daß sie unsere Forderungen anerkennen werden. Eins möchten wir den Kollegen, die zu den neuen Bedingungen arbeiten, zurufen, nämlich, daß sie auch an den Verbesserungen teilhaben und nicht, wie der Kollege B. am Gymnasium, wieder mit den Unternehmern zu Liebesgaben anfangen. Das kann zu keinem guten Ende führen.

Seit dem 5. Februar standen die Kollegen in Marienau mit dem Unternehmer Sing aus Thoren in Lohnstreit. Der Unternehmer hat den Neubau der höheren Mädchenschule in Marienau auszuführen. Im Winter, dachte der Herr, lassen die Maurer mit sich handeln, und er hat deshalb statt 46 nur 42 $\frac{1}{2}$ und vierzehntägige Löhnung an. Dieses lehnten die Gefellen rundweg ab. Es ist mehrmals versucht worden, auf glücklichen Wege zur Einigung zu gelangen, aber vergebens. Jetzt erst, am 26. Mai, hat sich Herr Sing herbeigelassen und unseren Tarif unterzeichnet. Es hat lange gedauert, aber die Oberhand haben wir doch behalten.

In der Baustelle Rehlfeld, wo die Kollegen seit dem 24. März ausgesperrt sind, ist es bis jetzt nicht möglich gewesen, einen Lohnvertrag abzuschließen. Seit drei Wochen haben sich sechs „christliche“ Brüder dort niedergelassen und tun dem Sandweil alle Ehre an. Es war uns erst nicht möglich, sie von ihrem Tun abzuhalten, aber nach und nach sind sie doch bis auf den Boden und einen taubstummen Maurer verdrängt. Es ist sonderbar, daß der Unternehmer Greif nicht mit den Maurern verhandeln will. Anfangs stellte er die Forderung, die Gefellen sollten erst dem Verbande Beleg zeigen, dann wolle er mit den Maurern sprechen. Die Kollegen von Rehlfeld sind aber alle abgemerkt und haben bessere Beschäftigung gefunden als dabei. Dem Unternehmer wünschen sie viel Glück mit seinem Polter und dem Taubstummen.

Gau Berlin. Der Streik in Mühlenberg-Fichtenberg konnte für beendet erklärt werden, da von den drei Unternehmern zwei die Forderungen bewilligt hatten. Der dritte der Unternehmer, Goldschmidt, hat zur Zeit keinen Neubau, er kommt infolgedessen vorläufig wenig in Betracht. Der Lohn erhöht sich in diesem Jahre von 27 $\frac{1}{2}$ auf 30 $\frac{1}{2}$, im nächsten auf 32 $\frac{1}{2}$ pro Stunde.

Gau Magdeburg. In Aschersleben steht die Organisation seit Jahren auf dem Nullpunkt. Wiederholt sind seitens des Gewerkschafts nicht unbedeutende Mittel dazu aufgewandt worden, um die Kollegen zur Organisation heranzuziehen, doch vergeblich. Schon im vergangenen Jahre war die Konjunktur gut. Eine Leipziger Firma, die ein Fabrikgebäude ausführen, beschäftigte auch einen Zeit Leipziger Kollegen. Mit Hilfe derselben gelang es, die Organisation etwas aufzuräumen. Raum waren diese Kollegen aber fort, ging es wieder rückwärts. Jetzt ist die Konjunktur wieder gut, so gut, daß die Unternehmer sogar freiwillig den Lohn aufsteigern. Die Aufbesserung ist sogar ganz enorm. Ein Zeit hat einen viertel, ein Teil einen halben und ein weiterer Teil einen ganzen Pfennig Zulage erhalten. Der Stundenlohn beträgt nunmehr 38 $\frac{1}{2}$. Lohnkollern sind die Kollegen wohl noch nirgend behandelt worden. Da sie wohl nun endlich begreifen lernen, daß sie nur mit Hilfe der Organisation vorwärts kommen? Noch einmal sollen sie aufgerufen werden, sich der großen Arme der kämpfenden Kollegen anzuschließen. Eine umfangreiche Hausagitation ist am

Himmelfahrtstage in der Stadt betrieben worden; in den nächsten Sonntagen sollen die umliegenden Dörfer belegt werden. Gelingt es, die Kollegen aufzuwecken, so dürfte den Unternehmern der Sohn bald gründlich ausgetrieben werden.

In Weidenburg ist schon ein erheblicher Teil der Ausgehenden abgereist. Nach Pfingsten werden die Schaffmader sehen, daß auch bis auf den notwendigen Rest, der zur Führung des Kampfes am Orte bleiben muß, die Kollegen ihren Fleißschöpfen den Rücken kehren.

In Weidenburg beschloß eine den Verhältnissen entsprechende Besuche Versammlung, dem Arbeitgeberverband ein Gesuch auf gemeinschaftliche Unterhandlungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unterbreiten. Durch die gemachten Erfahrungen genötigt, wendeten sich hoffentlich diesmal die dortigen Kollegen als geschulte Kruppen zeigen, um so ihre „Kompottschüssel“ zu füllen.

In Osterwieß mußten sich die Kollegen mit 2 1/2 Lohnerhöhung zufrieden geben, da es zweifelhaft war, ob sich die Arbeitgeberseite einem Streik anschließen würden. Der Unternehmer Witte wurde gegen den Kollegen Jahn, der im Auftrag der Kollegen mit ihm verhandeln wollte, sogar handgemein, was ihm, wäre es nicht auf seinem Grundstüd gewesen, jedenfalls schlecht bekommen wäre.

In Westerkäusen haben die Kollegen in Güte 8 1/2 Lohnerhöhung errungen.

Gau Oberhessen. In Antonienhütte, in dem verlassenen Winkel Oberhessens, hat in der letzten Zeit der Zentralverband der Maurer Deutschlands Wurzeln gefaßt. Auch hier sind die Kollegen nach jahrelangem Schlaf aus dem Bewußtsein gelangt, daß wir uns vor der Ausbeutung durch den Unternehmer nur schützen können, wenn wir geschlossen dem Zentralverband beitreten, denn nur der allein ist in der Lage, eine Verbesserung herbeizuführen. Zwar wurde schon im vorigen Jahre zwischen dem Zentralverband und dem Arbeitgeberverband ein Vertrag abgeschlossen, wonach im ganzen oberhessischen Industriegebiet die zehneinhalbstündige Arbeitszeit eingeführt und für 1905 34 1/2 und für dieses Jahr 35 1/2 pro Stunde gezahlt werden sollten. Aber trotzdem gab es in diesem Jahre einige Unternehmer, die diesen Vertrag nicht befolgten resp. anerkennen wollten. Die Kollegen haben es ihnen gezeigt, daß der Vertrag für uns nicht nur auf dem Papier steht, sondern daß wir auch danach arbeiten wollen. So kam es in kurzer Zeit zu drei Ausparaden, von denen eine nach zehntägigem Kampfe, die zweite nach 3 1/2 Stunden zu unseren Gunsten erledigt wurde. Die dritte Wappere über den Unternehmer Rod aus Rodowitz, bei der 14 Bauten und über 80 Maurer in Betracht kommen, ist noch nicht erledigt. Die Kollegen müssen überall dafür sorgen, daß Zugzug nach den Orten Dillenburg, Antonienhütte und Rodowitz streng ferngehalten wird. Auch hier wird es uns gelingen, der Organisation Anerkennung zu verschaffen. Es gibt jetzt schon viele Bauten, wo die Kollegen einen Baudelegierten gewählt haben, und wo Mann für Mann treu zur Organisation steht. Als Vorbild können uns die Kollegen vom Maurermeister Arnd in Karf dienen. Arnd ist Mitglied des Arbeitgeberverbandes, trotzdem wollte er den Vertragslohn von 35 1/2 nicht zahlen. Es wurde ihm aber gezeigt, daß er ihn zahlen muß, als die Kollegen ihn vor die Entscheidung stellten, entweder zu zahlen oder seine Arbeit allein fertig zu machen. Die Kollegen haben durch ihr treues Zusammenhalten die volle Anerkennung des Zarijs erlangt. Ähnlich war es beim Unternehmer Gomolla, der zwar die 35 1/2 zahlte, aber den Vertrag nicht anerkennen wollte. Als Kollege Wies ihn im Auftrag der ganzen Mitgliedschaft ersuchte, den Vertrag anzuerkennen, gab er ihm zur Antwort: „Meine Gesellen sind zufrieden, die werden nicht streiken, und ich werde mich nicht an Händen und Füßen binden lassen.“ Das war vor dem Frühjahr, nach dem Frühjahr mußte er erleben, daß alle auf einem Bau beschäftigten 23 organisierte Gesellen die Arbeit niederlegten und die Anerkennung des Vertrages verlangten. Nach dreieinhalbstündigem Kampfe wurde der Vertrag unterzeichnet. Kollegen! Macht es den Kollegen von Gomolla nach, verlangt überall dort, wo die 35 1/2 nicht gezahlt werden, und den Vertrag anerkannt ist, daß sie gezahlt werden, und dort, wo 35 1/2 gezahlt werden, verlangt die Unterseite und verläßt euch nicht auf „Ehrenwort“, wie bis jetzt, denn ihr wißt ganz gut, daß es höchstens nur in der Hochsaison abgesehen wird, ist die Erntezeit vorüber, so fangen sie an, abzureißen, weil sie nicht „an Händen und Füßen gebunden“ sind, wie sich Gomolla und noch andere ausbrüken. Auch die Kollegen vom Unternehmer Störzengel haben bewiesen, daß sie ihre Rechte verteidigen können. Nur der Maurermeister Rentz und seine Maurer, er hat nämlich eine Flotte von 18 geistlich organisierten Maurern von der berühmten Hochburg Döberdorf, können sich noch immer nicht an den Vertrag gewöhnen. Diese arbeiten noch immer elf Stunden für einen Tageslohn von 3 40 bis 3 50. Herr Rentz und seine Poliere wachen mit Argusaugen darüber, daß sich keiner von den bösen Ruten unter seine gebulbigen Schößen einschleicht. Er selbst ist streng „Christlich“, geht mit gutem Beispiel voran, indem er jeden Sonntag in die Kirche geht. Ja, Kollegen, wo bleibt bei diesem Herrn die Christlichkeit und die Nächstenliebe? Dieser Fall sollte doch endlich die Kollegen belehren, daß nur durch Ausschluß an den Zentralverband der Maurer Deutschlands eine Verbesserung unserer Lage herbeigeführt werden kann. Deshalb auf, Kollegen, laßt euch nicht einschüchtern durch die Unternehmer oder ihre Poliere. Ginein in den Zentralverband! Sorgt dafür, daß uns alle noch unorganisierten Kollegen zugeführt werden, dann wird und muß es auch anders werden in Oberhessen; denn hier ist die meiste Arbeit, hier ist der größte Reichtum, hier der beste katholische Glaube, aber auch die längste Arbeitszeit, der niedrigste Lohn, die größte Not und Entbehrung.

Gau Götting. In dem zum Zweigverein Götting gehörigen Ort Rietz (O.-G.) überreichten am 23. April unsere Kollegen den Unternehmern eine Lohnforderung. Sie wünschten Abschluß eines Vertrages, statt der jetzt üblichen elfstündigen Arbeitszeit die zehneinhalbstündige und einen Mindestlohn von 35 1/2. Dieser wurde ein Stundenlohn von 30 und 31 1/2 gezahlt; dieser Entbehrungslohn wurde in den Wintermonaten noch weiter gesenkt. Unsere Forderung veranlaßte nun die Unter-

nehmer, sich dem Arbeitgeberverband anzuschließen. Sie teilten uns darauf mit, sie hätten diesem unsere Forderung zur Erlebung übergeben. Auf eine weitere Anfrage erhielten wir den Auftrag, die Namen aller Kollegen zu nennen, die eine Lohnforderung machen wollten. Dieser famose Auftrag ist den Unternehmern von den Stilleren Schaffmaderen erteilt worden. Wir lehnten es selbstverständlich ab und teilten mit, daß die Lohnkommission, die die Forderung unterzeichnet hat, sämtliche Kollegen beschließen, darauf am 18. Mai die Arbeits-einstellung, um der Forderung den nötigen Nachdruck zu geben. Der Streik ereigte in dem Orte, wo zum Teil Angehörige der Herrnhuter Brüdergemeinde wohnen, großes Aufsehen. Die frommen Leute bestürmten die Unternehmer mit Fragen: was denn los sei. Die Unternehmer sagten, es handle sich bloß um einen Montagsbummel. Dieser „Bummel“ war ihnen aber selber so bedenklich, daß sie schon Abends die Lohnkommission zu sich riefen. Schnell arbeiteten sie einen Vertrag aus, den wir ebenso schnell annehmen sollten. Dieser sollte zu Neujahr ablaufen. 33 1/2 Stunden wollten sie zahlen, und im übrigen sollte möglichst alles im Altkad gemacht werden. Die Kollegen erklärten: „Lieber gar keinen Vertrag als solchen.“ Ein Vermittlungsvorschlag von uns wurde abgelehnt. Die Kollegen sind entschlossen, weiter zu kämpfen.

Gau Leipzig. In Aue ist die Situation für die Streikenden äußerst günstig. Die Zahl der Streikenden ist von 140 auf 170 gestiegen. Im ganzen waren bei zehn Unternehmern 16 Poliere, 182 Gesellen und 17 Lehrlinge beschäftigt. Davon traten in den Streik 170 Gesellen, verheiratet davon sind 94. Bei drei Unternehmern arbeiten 39 Kollegen zu neuen Bedingungen. Abgereist sind 37, außerdem anderweitig untergebracht sind 8 Kollegen. Zur Kontrolle melden sich 86 Kollegen, davon sind 48 verheiratet. Von diesen Streikenden wird noch ein größerer Teil abreisen, sobald sie ihren rüftändigen Lohn erhalten haben. Die Streikenden nahmen in einer Versammlung eine Resolution an, in der sie sich verpflichteten, unter allen Umständen an ihrer Forderung auf Verklärung der Arbeitszeit festzuhalten. Ferner besprachen die Streikenden, sobald als möglich den Streikort zu verlassen. Die Streikleitung wurde ermächtigt, wenn Unterhandlungen gewünscht werden, an diesen teilzunehmen. Da den Unternehmern jetzt nur 14 Poliere und 12 „Goldlöcher“ zur Verfügung stehen, dürfte den Herren doch bald der Gedanke kommen, daß sich die Dinge für sie mit jedem Tage verschlechtern. Jedenfalls werden die Unternehmer aus diesem sehr wirkungsvollen Streik die nötigen Aufgabenstellungen ziehen.

Gau Erfurt. Am 28. Mai sind die Kollegen in Suß, nachdem am Sonnabend die Kündigung abgelaufen war, in den Kuchland eingetreten. Die Forderung, 38 1/2 Stundenlohn und zehneinhalbstündige Arbeitszeit, scheint den Unternehmern zu hoch zu sein, sie wollen nach Leistung bezahlen. Wird den Kollegen die Sache nicht wider leid und bleibt der Zugzug fern, so ist wohl zu hoffen, daß die Unternehmer ihren ablehnenden Standpunkt aufgeben müssen.

Gau Nürnberg. In Vahrenth ist der Stand des Streiks sehr gut. Nur ein Duzend Maurer hat sich gefunden, um als „Arbeitswillige“ zu fungieren. Leider muß aber gesagt werden, daß darunter einige sind, die in früheren Jahren teils als Vorsteher und Kassierer tätig waren, ja sogar im vorigen Jahre die Streikkommission mitgebildet haben. Diese Kollegen werden wohl noch oft in einer Eile stehen und ihr schweres Vergehen bereuen, denn es ist noch nicht aller Tage Abend. Zugzug hatten wir bisher nicht und aus den eigenen Reihen ist auch kein Kollege abtrünnig geworden. Unter solchen Umständen ist uns ein Sieg sicher.

In Erlangen ist insofern in dem Stand des Streiks eine Änderung eingetreten, als die Firma Wolf unsere Forderung bewilligt und der größte Teil der Kollegen den Ort verlassen hat; die anderen werden folgen, und so können die Herren Unternehmer, namentlich Herr Waus, bis zum Herbst ihre Bauten ruhen lassen. Zugzug hatten wir in der letzten Woche nicht. Es ist uns aber auch nicht gelungen, von den drei in letztem Bericht genannten Herrwits einen wegzubringen, obgleich ihnen an anderen Orten Arbeit befohrt war. Sie gingen wohl meistens deshalb nicht, weil sie nicht überall antreten können. Aber zum Streikbrecher taugt selbst der größte Pfuscher.

Sehr günstig ist die Situation für unsere Kollegen in Hof a. d. Saale. Die Unternehmer werden wohl ihren Ausperrungsbescheid bis zum 1. Oktober d. J. nicht aufrecht erhalten können. Als ein erfreuliches Zeichen muß es gelten, daß wir bisher fast gar keinen Zugzug von Böhmen hatten, obgleich Hof hart an der Grenze liegt. Die wenigen Zugereisten ließen sich ohne Mühe zur Weiterreise bewegen.

In Neustadt a. d. Aisch wurde durch eine Lohnbewegung eine Erhöhung des Lohnes erreicht. Der Lohn betrug bisher 26 bis 30 1/2 pro Stunde und ist nun auf 35 1/2 Mindestlohn pro Stunde erhöht worden. Jedenfalls ein schöner Erfolg, wenn man bedenkt, daß die Kollegen erst einige Wochen dem Verbandsangehörigen.

In Regensburg haben am 21. Mai 342 Kollegen die Arbeit eingestellt. 37 Kollegen arbeiten bei vier Unternehmern zu den neuen Bedingungen und 30 sind als „Arbeitswillige“ stehen geblieben. Die Unternehmer versuchen, den Kollegen glauben zu machen, daß sie für den Streik eine recht ungünstige Zeit gewählt haben, da die Arbeiten nicht drängen und alle liegen bleiben könnten, was eben keineswegs gut ist. Uns ist von anderer Seite die Mitteilung geworden, daß die Arbeiten zum Teil sogar sehr eilend sind. Nach wenigen Wochen einmütigen Kampfes ist uns ein Sieg sicher.

In Rothenburg a. d. Tauber mußten Gauvorstand und Lohnkommission in der letzten Woche nochmals eingreifen, da zwei Unternehmer den vereinbarten Lohn nicht ausgezahlt. Hoffentlich werden jetzt die Herren ihr Versprechen auch halten; wo aber, wie es bei einem der Unternehmer der Fall ist, die Frau die Kasse anhat, erscheint solches sehr fraglich.

In Würzburg wird der Kampf auf beiden Seiten mit allem Ernst geführt; die Unternehmer wollen unter keinen Umständen die Forderung der Maurer bewilligen. Um so energischer kämpfen aber unsere Kollegen für die Durchsetzung ihrer minimalen Forderung, besonders zeigen sich dabei die Kollegen aus Kitzingen aus, was man von einem Jahre noch nicht geglaubt hätte. In der letzten Woche ist es zwar den Unternehmern gelungen, aus Schweinheim bei Kitzingen sowie aus der nächsten Umgebung von Würzburg einige „Arbeitswillige“ zu kubern, die wir aber wieder abschicken konnten. Die wenigen Streikbrecher sind nicht im Stande, den Kampf illusorisch zu machen; und wenn unsere Kollegen auch nach Pfingsten noch so fest zusammenstehen, so ist uns ein Sieg sicher.

Gau Stuttgart. In Ulm ist es unerwartet schnell zum offenen Kampfe gekommen. Die drei Bauberufe hatten vereinbart, wenn die Unternehmer nicht bis zum 22. Mai eine günstige Antwort auf die eingereichten Forderungen geben würden, am 26. Mai mitten in der Arbeitszeit, um 4 Uhr Nachmittags, eine Versammlung abzuhalten. Die Unternehmer gaben, wie vorausgesehen war, keine Antwort, infolgedessen fand die Versammlung zur festgesetzten Zeit statt. Vorher machten die Unternehmer bekannt, daß sich jeder als entlassen ansehen könne, der von der Arbeit fort und zu der Versammlung gehen würde. Das hatte die Kollegen aber nicht abgehalten, äußerst zahlreich zu erscheinen. Die Versammlung beschloß, den aufgezwungenen Kampf aufzunehmen. Am anderen Morgen wurden die Kollegen nicht wieder eingestellt. Im Streik liegen jetzt 250 Maurer, während annähernd 50 noch weiter arbeiten. Aber auch diese werden sich inwieweit schon dem Streik anschließen haben. Vor allem kommt es nun auf strenge Fernhaltung des Zugzuges an. Die Forderungen lauten auf 50 1/2 Stundenlohn für Maurer, 47 1/2 für Zimmerer und 40 1/2 für Baufeldarbeiter.

Verichtigung. Im Bericht des Gauvorstandes in voriger Nummer heißt es, daß die Bewegung in 10 Orten erledigt sei; das war ursprünglich auch richtig. Kurz vor Schluß der Redaktion kam jedoch die Nachricht von der Beendigung der Bewegung in Heidenheim a. d. Brenz; dieser Ort wurde dem Bericht noch eingefügt, wodurch sich die Zahl der betr. Orte auf 11 erhöhte, derentsprechend ist dann die Zahl 10 stehen geblieben. Hoffentlich tragen diese Zeilen zur Berichtigung des Gauvorstandes bei.

Gau Mannheim. In St. Johann-Saarbrücken stehen die Kollegen unmittelbar vor dem Kampfe. Es wird darüber berichtet: Am 22. Mai tagte im „Lobli“ zu St. Johann eine von über 700 Mann besuchte öffentliche Maurerverammlung, in der Kollege Stroh über die Antwort der Unternehmer und die damit geschaffene Lage sprach. Die Unternehmer haben mit Ausnahme von zwei es noch nicht einmal für notwendig befunden, auf die Forderung zu antworten. Die Lohnverhältnisse der Maurer im Saargebiet sind sehr schlecht. Bei hohen Lebensmitteln- und Mietpreisen wird ein Durchschnittslohn von 41 1/2 pro Stunde bei elfstündiger Arbeitszeit bezahlt. Nach der in der vorigen Woche ausgenommenen Statistik betragen hier zur Zeit 15 Kolonnen. Es werden Stundenlöhne von 32 bis 60 1/2 gezahlt. Die Ausbreite der Unternehmer, wir hätten unsere Forderung früher, vor Abschluß der Bauverträge, einreichen sollen, ist hinfällig, denn sie wußten es ja schon seit zwei Jahren, daß wir mit dem Lohn nicht mehr zureichen waren. Letztens haben die Maurer aus der vorigen Lohnbewegung schon etwas gelernt. Damals waren wir nicht genug, den Unternehmern die Forderung schon im Februar einzureichen; jedoch diese Herren brachten unserer Aufmerksamkeit nicht die gleiche entgegen, sondern ihre Antwort war, daß die ganze Lohnkommission auf das Straßensystem pilger. Wir waren geneigt, mit den Unternehmern auf friedlichem Wege zu unterhandeln, sie haben uns jedoch den Kampf aufgezwungen. Die Versammlung gab auf diese grobe Herausforderung des Unternehmertums die richtige Antwort, indem sie nachdrücklich Resolution einstimmig annahm: „Die heutige Maurerverammlung nimmt Kenntnis davon, daß die Unternehmer des Baugewerbes, mit zwei Ausnahmen, der Lohnkommission keinerlei Antwort auf die Forderung der Maurer zukommen ließen. Die Versammlung erachtet dies als eine Zurückweisung unserer auf eine friedliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gerichteten Bestrebungen und beschließt, daß alle Maurer, die in ihrem Arbeitsverhältnis Kündigung haben, die Kündigung am 23. Mai bei den Unternehmern einreichen.“ Nun haben die Unternehmer das Wort.

Gau Frankfurt a. M. In Alzenau dauert der Streik ununterbrochen fort. Einige Dieburger Kollegen sind leider wieder Streikbrecher geworden. Die Unternehmer beharren trotz des großen Schadens, der ihnen durch den Streik erwachsen ist, auf dem Herrschaftspunkt: Mit der Verbandsleitung soll nicht verhandelt werden! Da alle Streikenden in anderen Arbeitsorten untergebracht sind, ändern die wenigen Streikbrecher an der für uns guten Situation nichts.

In Egelshaus ist die Lohnbewegung beendet. Erreicht wurde ein Stundenlohn von 50 1/2 und die zehneinhalbstündige Arbeitszeit. Seither wurden 42 bis 46 1/2 gezahlt.

In Bergen-Enkheim bewilligten die Unternehmer ohne Streit einen Stundenlohn von 52 1/2, gefordert war der Frankfurter Lohn, 54 1/2. Ueber den Unternehmer Geun, der sich weigerte, die Abmachungen anzuerkennen, wurde die Sperre verhängt.

In Stelslos und Niedergründau erreichten die Kollegen nach einmütigem Streik eine Lohnerhöhung von 5 1/2 pro Stunde. In diesem Jahre werden 38 1/2 und im nächsten 40 1/2 pro Stunde bezahlt. Die Arbeitszeit wurde von elf auf zehn Stunden herabgesetzt.

In Walthheim-Dietzheim dauert der Streik bereits fünf Wochen; alle Kollegen sind abgereist und Zugzug ist nicht zu verzeichnen. Jetzt helfen sich die Unternehmer gegenseitig aus; wie lange diese Einstellung dauert, hat die Erfahrung gezeigt. Beim Beginn des Streiks haben die Unternehmer wohl kaum angenommen, daß die Gesellen so lange dauern würden. Die Kollegen können jetzt ruhig abwarten, auch wenn es noch einmal so lange dauern sollte, denn sie erhalten in den Nachbarorten einen höheren Lohn; als sie in Walthheim gefordert haben.

In Zellheim helfen die Kollegen am 21. Mai die Arbeit ein, worauf die Unternehmer den geforderten Lohn von 48 1/2 pro Stunde bewilligten. Vorher wurden 46 1/2 gezahlt. In Wilsen haben die Unternehmer ohne Streit aber nach langem Sträuben auf dem Wege der Unterhandlung den

in Frankfurt üblichen Lohn von 54 $\frac{1}{2}$ pro Stunde bewilligt. Der Unternehmer Schaub hat die neuen Bedingungen bis jetzt nicht anerkannt. Bei Finanzengpässen neuer Arbeiter werden die Kollegen erlucht, die Arbeit bei Schaub nur zu den neuen Bedingungen aufzunehmen.

Auch in Schwabheim haben die Kollegen einen Stundenlohn von 54 $\frac{1}{2}$ gefordert. Drei Unternehmer bewilligten 52 $\frac{1}{2}$, womit sich die Kollegen zufrieden gaben. Ueber die Firma Ruch & Stetzelwald wurde die Sperre verhängt. Andere Firmen werden, sobald neue Arbeiter in Angriff genommen sind, folgen.

Gau Köln. Die Deutsche Arbeiterzeitung berichtet aus Köln, daß die dortige Lohnbewegung der baugewerblichen Arbeiter mit einem Erfolg der Arbeiter beendet sei. Der politische Tagespresse ist zu entnehmen, daß die Verhandlungen mit Abschlus eines Vertrages für die Maurer und Bauhilfsarbeiter geendet haben. Danach wird die Arbeitszeit sofort von 10 auf 9 $\frac{1}{2}$ Stunden herabgesetzt. Der Stundenlohn der Maurer steigt sofort von 56 auf 58 $\frac{1}{2}$, von 1. Mai 1907 an auf 60 $\frac{1}{2}$, der Stundenlohn der Bauhilfsarbeiter von 45 auf 48 $\frac{1}{2}$, von 1. Mai kommenden Jahres an um weitere 4 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$. Für Ueberstunden werden 50, für Nacht- und Sonntagsarbeit 100 p. St. Zuschlag gewährt. Der Tarif ist auf zwei Jahre festgelegt. — Uns ist bisher über den Verlauf der Verhandlungen sowohl vom Zweigverein wie vom Gauverband keine Zeile berichtet. Im Uebertracht der Wichtigkeit der Lohnbewegung ist das einfach ein Skandal. Selbst wenn die dortigen Beamten der Organisation den „Grundstein“ nicht lesen sollten und darum vielleicht nicht wissen, daß im „Grundstein“ ab und zu auch etwas über Lohnbewegungen geschrieben wird, so sollten sie doch wenigstens dadurch, daß sie alle Woche das Bestellgeld für die Zeitungspakete zahlen müssen, an die Existenz eines Verbandsorgans erinnert werden.

Gau Hamburg. Der „Unparteiische“. Die Folge, die der Arbeitgeberverband in Schleswig bei der letzten Lohnbewegung der baugewerblichen Arbeiter erzielte, lassen ihn nicht ruhen, neue Vorbeeren zu erwidern. Zum 20. Mai hatten die Bauunternehmer in Schleswig sämtliche streikende Maurer und Zimmerer eingeladen, um den Versuch zu machen, auf dem Wege der Verhandlung zu einer Einigung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gelangen. Außer den Unternehmern und den Gesellen war auch Herr Gehre als Vertreter des Arbeitgeberverbandes aus Schleswig und Hugo Rober Gauleiter des Maurerverbandes aus Hamburg erschienen. Nachdem der Vorsitzende der „Baughütte“, Herr Böde, die Sitzung eröffnet hatte, erhielt Herr Gehre das Wort. Er erklärte, er sei als Vertreter des Arbeitgeberverbandes gekommen, um die Rolle eines unparteiischen Vermittlers zu übernehmen. Nach dieser Erklärung fragte er, ob jemand unter den Arbeitern sei, der nicht bei einem der beteiligten Unternehmen in Arbeit gestanden habe. Als sich hierauf Kollege Rober als Vertreter der Arbeiter meldete, forderte der „Unparteiische“ diesen auf, sofort das Lokal zu verlassen. Kollege Rober erklärte hierauf, daß die Arbeiter darauf bestehen müßten, daß auch ihre Vertreter an den Verhandlungen teilnehmen, solange Herr Gehre dieses auch tue, sonst könnte sich hier in Schleswig nichts ausrichten, was sich in Schleswig abgespielt habe. Dori hätten die Unternehmer mit nicht ganz einwandfreien Mitteln die Reichhaltigkeit der Arbeiter benutzt, den Lohn- und Arbeitsvertrag zu ihren Gunsten zu gestalten. Kaum hatte Rober das letzte Wort gesprochen, so forderte ihn der „unparteiische“ Herr Gehre zum zweiten Male auf, das Zimmer zu verlassen. Da der Vorsitzende der Unternehmer hiergegen keinen Einspruch erhob, kam Kollege Rober dieser Aufforderung nach. Die Entfernung des Gauleiters war aber sofort für sämtliche Arbeiter das Signal, ebenfalls das Lokal zu verlassen. Nun befanden sich die Herren Unternehmer mit ihrem „unparteiischen“ Berater und Vermittler allein. In ihrer Allotlogie wandten sich nun die Unternehmer draußen an den Kollegen Rober und fragten ihn, unter welchen Umständen die Verhandlungen weiter geführt werden könnten. Rober versprach, den Versuch zu machen, seine Kollegen von neuem zu Verhandlungen zu bewegen, unter der Bedingung, daß der Vertreter des Arbeitgeberverbandes das Verhandlungslokal verläßt. Dieser Ratsschlag wurde von den Unternehmern und auch von den Kollegen befolgt; nicht lange danach befand sich Herr Gehre an der selben Atmosphäre und die Verhandlungen wurden nun wieder aufgenommen. Der „Unparteiische“ begab sich mit fieberhafter Miene zum Bahnhof und fuhr ohne die erhofften Vorbeeren nach Schleswig. Zwischen dem Zentralverband der Maurer Deutschlands und den Unternehmern von Silberbrun und Umgebung wurde aber ein Vertrag vereinbart, nach dem der Stundenlohn von 35 $\frac{1}{2}$ auf 41 $\frac{1}{2}$ erhöht wird. Außerdem sind die gestellten Nebenforderungen genehmigt und die Organisation ist anerkannt worden. Der Vertrag gilt zunächst nur für das Jahr 1906. Nach Ablauf dieser Frist soll von neuem über die Lohnfrage beraten werden.

In Oldesloe ist der Streik der Maurer und Zimmerer durch Vergleich beendet. Die Unternehmer haben mit den Verbänden der Maurer und Zimmerer einen Vertrag abgeschlossen, nach dem der schon in diesem Frühjahr von 40 auf 43 $\frac{1}{2}$ erhöhte Stundenlohn ab 1. Juli d. J. um weitere 2 $\frac{1}{2}$ erhöht wird. Im nächsten Jahre steigt der Lohn um weitere 2 $\frac{1}{2}$ bis zum 1. April 1908. Dann wird die neunzehnstündige Arbeitszeit eingeführt bei 52 $\frac{1}{2}$ Lohn pro Stunde. Die Vertragszeit dauert bis zum 1. April 1909. In den Vertragsbestimmungen ist eine permanente Schlichtungskommission vorgesehen, die zu gleichen Teilen aus Unternehmern und Arbeitern besteht und zu deren Ergänzung die Gauleiter hinzugezogen werden sollen.

In Garburg sind am 21. Mai die Bauhilfsarbeiter in den Streik eingetreten. Am Schluß der Woche waren 20 von unseren Kollegen in Mitleidenschaft gezogen.

In Uelzen sind am 26. Mai sämtliche Kollegen ausgesperrt. Die Veranlassung dazu bot der Zimmererstreik. Unsere Mutterunternehmer bemerken sich jetzt im Schutze ihres Angehies, alle Schuld an der Ausperrung auf die Arbeiter abzuwälzen. Ob ihnen dies in den Augen des bürgerlichen Publikums gelingt, ist uns sehr gleichgültig, aber festgelegt sei, daß diese „treuherrlichen“ Unternehmer schon im Winter, als wir unsere Forderungen einreichten, mit der Ausperrung drohten. Wie damit der vielgerühmte „gute Wille“ der Unternehmer zu vereinbaren ist, können

wir nicht entbeden. Der Ausperrungen waren Verhandlungen vorausgegangen, wobei man sich über die wichtigsten Punkte einigte. Danach sollten vom 1. April 1907 43 $\frac{1}{2}$ gezahlt werden. Die Maurer erklärten sich mit diesem Abkommen einverstanden; die Zimmerer aber lehnten es ab und traten am 22. Mai in den Streik ein. Nun verlangten die Unternehmer von uns, daß wir den Zimmerern das Streiken verbieten sollten. Da wir es selbstverständlich ablehnten, in dieser Weise auf die Zimmerer einzuwirken, so sperrten die Unternehmer, mit Ausnahme eines einzigen, sämtliche Kollegen aus. Von den 112 Streikenden sind bisher über 30 abgereist.

Aus der Schweiz.

Die schweizerische Arbeiterbewegung schlägt wieder hohe Wellen, und auch die Maurer haben erderschütternde ihren lebhaften Anteil daran. Das heutige Frühjahr brachte so viele Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital wie noch nie und übertrug die ebenfalls sehr kämpferische Frühlingsszeit 1905 um ein Bedeutendes. Ein statistischer Vergleich demnach das veranschaulichen. Es kamen nämlich Lohnkonflikte vor:

Monat	Streiks		Lohnbewegungen		Sperren		Musperrungen		Total
	1905/1906	1906/1907	1905/1906	1906/1907	1905/1906	1906/1907	1905/1906	1906/1907	
Januar	8	3	24	3	6	3	1	1	38
Februar	8	9	32	12	16	8	3	1	59
März	9	15	44	21	15	3	2	1	70
Total	25	27	100	36	37	14	6	3	167

In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres sind demnach mehr als noch einmal so viele Kämpfe als in der gleichen Periode des Vorjahres vorgekommen, was auf die beispiellose Lebhaftigkeit der Bewegung, auf eine noch nie dagewesene Messianität und Streiksamkeit der schweizerischen Arbeiterschaft schließen läßt. Im ganzen Jahre 1905 waren 353 Lohnkämpfe zu verzeichnen, wovon 140 Streiks, 192 Lohnbewegungen, 42 Sperren und 9 Musperrungen waren. Etwa zwei Dutzend Fälle davon dürften auf die Maurer entfallen.

Im vorigen Jahre war Basel der Hauptkampfplatz, in diesem Jahre ist es St. Gallen. Alle Branchen der Bauarbeiter fanden oder sehen noch im Kampfe, so die Maurer und Handlanger, Erdbauer, Gipser und Maler, Parkettbodenleger, Anschläger, Zimmerer, Schreiner, Glaser, Tapezierer, Steinbauer, Spengler und Installateure, Schlosser usw. Dazu kommen dann noch Arbeiter anderer Industrien, wie Metallarbeiter, Schneider, Brauer, Schilderarbeiten, Glaser, Schmiede und Wagner zc. Unsere Kollegen von der deutschen, italienischen und christlichen Arbeiterbewegung gingen gemeinschaftlich vor und legten der Bauarbeiterorganisation einen Entwurf zu einem Tarifvertrage vor, der die neunzehnstündige Arbeitszeit und einen Lohn von 60 Centimes für Maurer, 50 Centimes für Handlanger und 40 Centimes für Pfisterhaken forderte. Außerdem waren noch Zuschlagslöhne für Ueberstunden usw. und eine Reihe anderer Verbesserungen gefordert.

Da auf dem Wege der direkten Verhandlung mit den Unternehmen nichts zu erreichen war, riefen die Arbeiter das staatliche Eingriffsamt an, vor dem dann auch unter dem Vorsitz des liberalen Landammannes (Ministerpräsidenten) Dr. Müller zwei Konferenzen stattfanden, die jedoch ergebnislos verliefen. Der dritte Punkt ist die Forderung des 9 $\frac{1}{2}$ stündigen Arbeitstages, von dem die Unternehmer nichts wissen wollen, während die Arbeiter ebenso aufstehen daran festhalten. Die Schreinermeister halten bereits das Zugeständnis der 9 $\frac{1}{2}$ stündigen Arbeitszeit gemacht. Da erschien jedoch der Handwerksmeisterverein, terrorisierte und bergewaltigte die Schreinermeister, so daß sie sich nicht auf ihrem Beschlusse. Die organisierten schweizerischen Bauunternehmer erklären nämlich den Neunfundentag als den Abschlus aller menschheitlichen Entwicklung. Die Arbeiterkraft soll sich dieser diktatorischen Proklamation fügen. Natürlich tut sie das nicht, sie hat vielmehr in zahlreichen Fällen die Schranke durchbrochen, so daß heute schon Zehntausende von Bauarbeitern, wie Maler, Gipser, Zimmerer, Schreiner, Spengler, Schlosser und andere, an verschiedenen Orten nur 9 $\frac{1}{2}$ oder 9 Stunden täglich arbeiten. Ob und wo eventuell auch die Maurer schon diese kürzere Arbeitszeit haben, ist uns augenblicklich unbekannt, bemerkt sei nur, daß unsere Kollegen sich, erst in den letzten Jahren, ernsthaft in den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten sind, wobei es sich zunächst einmal um die Verkürzung des Stundentages und Einführung des Neunfundentages handelte, der nun heute auch wohl ziemlich im ganzen Lande als Maximalarbeitszeit gelten dürfte. Bemerkenswert ist, daß die Gipser in Zürich nach dreimonatigem erlittenen Streik den Neunfundentag und einen Minimalstundenlohn von 70 Sp. errangen.

In St. Gallen kam es nun zu Streiks und Ausperrungen. Von unseren Kollegen wurden circa 300 ausgesperrt. Vorher war den Arbeitern folgender Revers zur Unterzeichnung vorgelegt worden:

Bedingung.

Unterzeichneter bedingt hiermit, den Neunfundentag anzuerkennen, auf Grund des in der zweiten Eingangs-konferenz der Bauhandwerker von den Arbeitgeberern offerierten Entgegenkommens in betreff Lohnerhöhung und Tarifvertrag. Die Einzelheiten des letzteren wären durch eine gemeinsame Kommission zu bestimmen.

St. Gallen, den (Unterschrift).

Natürlich unterließ die organisierte Arbeiterschaft den Versuch nicht. Unsere Kollegen bewandelten die Ausperrung in einen Streik, nahmen dann aber die Arbeit wieder auf, worüber unser St. Galler Parteiblatt, die „Schweizerische Arbeiterzeitung“, schreibt: „Die Maurer haben beschlossen, die Arbeit vorläufig wieder aufzunehmen, da die Meister nachdrücklich eine andere Bedingung für den Abschlus des Tarifvertrages stellten, da die erste für die Arbeiter unannehmbar war. Die Frage ist nun an den Zentralverband des schweizerischen Baumeisterverbandes geworfen worden. Wir kommen auf diese Angelegenheit noch zurück. Die Arbeiter wären bereit gewesen, auf die anlässlich der regierungsrätlichen Vermittlung am letzten Sonntag getroffenen Abmachungen einzugehen, aber die Baumeister stellten nachträglich die Bedingung, daß damit auch der Holzarbeiter und der Zimmermeister beendete werde. Dieses Begehren soll, wie uns mitgeteilt wurde, vom Handwerksmeisterverein

oder dessen Vorstand gestellt worden sein. Es ist ersichtlich, daß sich diese Herren von einer Arbeiterorganisation eigentlich vorstellten. Glauben denn die Herren, daß sich die Zentralverbände der Arbeiterschaft nur so bürgerlichen lassen? Die außergewöhnlich niedrige und geringe Meinung, die die Herren Handwerksmeister von den Arbeitern haben, zeigt sich so recht in dieser Zumutung.

Erfolgreich beendet haben bereits die St. Galler Tapezierer ihre Lohnbewegung, indem die Unternehmer den Tarifvertrag mit dem Neunfundentag annahmen.

Der schweizerische Baumeisterverband besaßte sich in seiner am 22. April in Zürich abgehaltenen Generalversammlung mit den Lohnkämpfen und er beschloß dazu folgende Resolution: „Die heutige Generalversammlung des schweizerischen Baumeisterverbandes, nach Entgegennahme der Berichte über die Lohn- und Streikbewegungen in den verschiedenen Landesgegenden, erklärt sich mit dem im Streik befindlichen Kollegen von Solothurn, Unterwalden und St. Zimmer solidarisch, spricht ihnen ihre volle Sympathie für ihr Verhalten aus und beschließt: Am Neunfundentag in unserem Verufe wird unbedingt festgehalten und alle Forderungen der Arbeiterkraft, welche der Arbeitsordnung des schweizerischen Baumeisterverbandes zuwiderlaufen, abgewiesen, dagegen sollen die Löhne, wo immer es angeht und dieselben noch auf einem, den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechenden Niveau sich befinden, gebührend erhöht werden. Den Gipsermeistern auf dem Plage Zürich, welche den Kampf mit der Arbeiterschaft in gegenwärtigem Streite mannhaft bestehen, wird die volle Sympathie hierfür ausgesprochen und ihnen die Unterstützung der Baumeister zugesichert.“

Das ist eine kolossal selbstherrlich-kapitalistische Sprache, aber sie imponiert der Arbeiterschaft dennoch nicht, und die Bauunternehmer werden im Laufe der Zeit manchen Schritt zurückweichen und manches Dogma preisgeben, also entsprechende Zugeständnisse an die Arbeiter machen müssen. Daran ändert auch die weitere Mitteilung nichts, daß dem Verbande circa 200 Baufirmen neu beigetreten seien. Außer in St. Gallen haben bisher Lohn- und Streikbewegungen der Maurer stattgefunden oder sind noch im Gange in Zürich, Unterwalden, Solothurn, St. Zimmer, Grenchen, Chassas, Weinfelden, Sersican und Ulter. Es ist möglich, daß uns noch der eine oder andere Ort entgangen ist. Mit Ausnahme von Zürich haben alle diese Kämpfe, soweit sie beendet sind, den Arbeitern volle oder teilweise Erfolge gebracht, worauf wir noch zurückkommen werden.

Um den Achtstundentag in Frankreich.

jr. Ueber das Ergebnis der vom dem Gewerkschafts-kongreß in Bourges im Jahre 1904 beschlossenen Bewegung zur Erringung des Achtstundentages vom 1. Mai 1906 an, läßt sich zur Stunde ein genaues Bild noch nicht geben. Nach den vorliegenden Nachrichten, denen eine große Verlässlichkeit allerdings nicht beigelegt werden kann, haben sich schätzungsweise 150 000 bis 200 000 Arbeiter an der Bewegung beteiligt. Das ist zur Gesamtzahl der Arbeiter (nach den Motiven für das Altersversicherungsgesetz kommen für dieses 12 Millionen Personen in Betracht), da auch die Landarbeiter das Gewerkschaftsrecht haben und den Eisenbahn- und Gemeindearbeitern keine besonderen Hindernisse in den Weg gelegt werden, eine verschwindende Minderheit. So wie die Bewegung geplant war, als allgemeiner Generalstreik am 1. Mai, dem das geschlossene Verlassen der Arbeit nach achtstündiger Arbeitszeit folgen sollte, ist sie gescheitert, oder genauer ausgedrückt, ist sie gar nicht versucht worden. Ist eine Streikbewegung, an der 150 000 bis 200 000 Arbeiter beteiligt sind, an sich nicht ein Stillstehen zu überlegen, so fordert diese Bewegung unser Interesse noch besonders heraus, weil hier die theoretischen Unterströmungen der französischen Gewerkschaftsbewegung sozusagen zum ersten Male vollständig in die Praxis umgesetzt werden sollten. Sie seien hier in kurzen Worten festgehalten.

Von dem Gedanken ausgehend, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann, wird jede politische Betätigung vermieden, der Gewerkschaftskampf zur einzigen proletarischen Kampfform erhoben, in dem der Generalstreik die hauptsächlichste, die vornehmste Waffe ist. Konsequenterweise wird das Unterwerfungswort verworfen und die Organisation selbst nur als eine Kampfmittel aufgeführt, bestimmt, zur geeigneten Stunde die Massen mit sich fortzureißen. Dies führte in logischer Linie zu niedrigen Beiträgen und zu losen und schwachen Organisationen. Was sich hieraus bei einem allgemeinen Kampf um den Achtstundentag ergeben konnte, war leicht vorauszu sehen.

Da gerade die Gewerkschaften, die bei einer wirksamen Durchführung eines Generalstreiks ausschlaggebend sind, die Beteiligung von vornherein abgelehnt hatten (Eisenbahner, Transportarbeiter, Handelsangestellte, Arbeiter der Lebensmittelbranche, Gemeindearbeiter), so konnte der von der Bourgeoisie mit Angst und Schrecken erwartete Generalstreik am 1. Mai gar nicht durchgeführt werden. Und doch hatte die Bourgeoisie eine geradezu wahnwitzige Angst um ihre Geldschränke. Man verlor sich auf Wochen hinaus mit Lebensmitteln, Konsumen, Getreiden, Petroleum usw. In Paris, dem alten Revolutionsherd, wurden 60 000 Mann Militär zusammengezogen, der Sekretär und der Kassierer der Confédération Générale du Travail verhaftet usw. Die Bourgeoisie befand sich in einem Delirium der Angst. Doch der erwartete Weltuntergang blieb aus. Wohl wurde am 1. Mai weit mehr gefeiert als in den vorhergehenden Jahren, doch am 2. Mai kehrte der größte Teil der feiernden Arbeiter wieder in die Werkstätten zurück und arbeitete wie früher 10 und 11 Stunden. Im Streik traten resp. blieben nur etwa 50–60 000 Arbeiter. Bald jedoch änderte sich das Bild, besonders durch den Eintritt der in der Automobilindustrie beschäftigten Arbeiter, die den Neunfundentag verlangten, und durch die große Ausbeutung, die die Bewegung in der Bau-, Möbel- und Wagenindustrie nahm. Viele Unternehmer sperrten ihre Betriebe und Bauplätze vollständig, so daß nach Verlauf der ersten Woche die Zahl der sich im Zustand befindenden Arbeiter auf etwa 200 000 angewachsen war. Charakteristisch ist, daß gerade die Organisationen, die am lebhaftesten für die Achtstundentagsbewegung eingetreten waren — mit Ausnahme der Bau- und Möbelarbeiter — in der entscheidenden Stunde versagten. Entweder nahmen sie den Kampf gar nicht auf, wie die Landarbeiter, oder nur an ein-

Unternehmern waren nur die Bedingungen 1, 2 u. 4 anerkannt worden. Zu Punkt 3 der Forderung erklärte Maurermeister Walther, daß er dieses niemals tun würde; wohl wolle er den Polier anweisen, sich gegen die Arbeiter objektiv zu verhalten. Auch solle wegen der Beschwerden gegen den Polier Panzer eine Spezialuntersuchung stattfinden und dem Polier wegen seines ferneren Verhaltens Instruktion erteilt werden. Auf Grund dieser Erklärung hielten sich die Arbeitervertreter bereit, erklärt, in der daraufhin stattfindenden Generalversammlung der Bauarbeiter für die Aufhebung der Sperre zu wirken. Nach langer lebhafter Debatte lehnte die Versammlung die Aufhebung der Sperre mit 867 gegen 181 Stimmen ab. Von dem Arbeitgeberverband wurde daraufhin eine nochmalige gemeinschaftliche Sitzung beider Ausschüsse einberufen. Diefelbe fand am 19. Mai statt. Bei Eintritt in die Tagesordnung machte jedoch der Vorsitzende des Verbandes bekannt, daß in ihrer am 18. Mai abgehaltenen Generalversammlung beschlossen worden sei, daß von dem Bunde niemals dahin gewirkt werden könnte, Herrn Maurermeister W. Walther zu veranlassen, die „Arbeitswilligen“ und den Polier zu entlassen. Das würde W. auch gar nicht tun. Bevor ihrerseits nun schärfere Maßnahmen ergriffen würden, sollte nochmals eine gemeinschaftliche Sitzung stattfinden, um doch noch eine Einigung herbeizuführen. Im Verlaufe dieser Sitzung wurden von dem Arbeitgeberbunde noch die folgenden Zugeständnisse gemacht: 1. Sofortige Zurückziehung der herausgegebenen schwarzen Listen unter der Verpflichtung, solche in Zukunft, solange in einer Bewegung die Unterhandlungen noch im Gange sind, nicht wieder herauszugeben. Ferner will Herr Maurermeister Walther seine Poliere anweisen, daß sie keinen Einspruch gegen die von den Arbeitern in ihren freien Pausen geführten Unterhaltungen ergehen. Es hat daraufhin am 22. Mai eine kombinierte Versammlung der Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer bei R. Walther'scher Baufirma mit 569 gegen 300 Stimmen aufgehoben.

Hannover. In der am Dienstag, den 22. Mai, abgehaltenen Mitgliederversammlung fand auf der Tagesordnung: Die zur Zeit bestehenden Mißstände im Arbeitgeber- und das Annehmen von Bauten. Der Vorsitzende führte aus, daß die Konjunktur in Hannover sehr schlecht sei und darin sei der Grund zu suchen, daß sich die Kollegen beim Annehmen von Bauten zum Nutzen gegenseitig unterbieten. Daß hierdurch eine große Erbitterung hervorgerufen wird, ist leicht erklärlich. Die Arbeiter haben eine derartige Privilegierung erlangt, daß der, der nicht permanent pugt, gar nicht im Stande ist mit den anderen mitzukommen. Es brauchen die Gelehrten sich nicht den Kopf zu zerbrechen, um eine Ausbesserungsmaschine zu erfinden. Manchen machen diese Arbeit heute schon ebenso schnell und dennoch billiger. Daß bei einer solchen Arbeitsmethode die Arbeiter nicht blühend aufgehen, liegt klar auf der Hand. Leider ist es nicht dabei geblieben, die Preise für Quadratmeter festzusetzen, sondern die Bauten werden zu Bauaufschüssen angenommen. Weil nun bei jeder Akt Abfordern der Bau nicht erst ausgemessen, sondern tagiert oder geschätzt wird, so kann man sich denken, welche Angebotsunterstützung gegeben werden. Da nun die Unternehmer das Gandel und Feilschen verstehen, so sind die Arbeiter immer die Dummen. Und dabei rechnen sich die Arbeiter zu Intelligenz, die sich zu gut halten, mit den Bauern in der Baubauzugewinnung. Daß der Bauarbeiterstand ganz dabei aus dem Spiele gelassen wird, braucht wohl nicht weiter gesagt zu werden. In der Diskussion wüßte ich, daß die Arbeiter nicht klar erklärt wird, von heute ab dürfen keine Abforderungen mehr angenommen werden. Akzeptiert wurde der Vorschlag Walther's, daß eine Kommission gewählt wird, bestehend aus dem Vorstand und mehreren Bauern, die einen Entwurf ausarbeiten soll, der eine Gewinnung herbeiführt. Die Arbeiter werden ermächtigt, sich der Kommission anzuschließen, denn die paar Mann, die heute drin sind, können nichts erreichen. Ferner wurden die Arbeiter ermächtigt, nächsten Dienstag, bei Böttcher, Kasse Nr. 2, in der Arbeiterversammlung zu erscheinen. Hierauf wurde beschlossen, den Kollegen Gumbert in Bodelsch, der als Hilfsarbeiter im vorigen Jahre Gelber für sich verbraucht hat und trotz aller Mahnens und Ermahnens nur Ausreden hatte, zu verhaften.

Lübeck. Eigenartige Praktiken sind auf dem Bau des Hochseeswerkes üblich. Der „Vollschote“ schreibt dazu: „Schöne Borte sind bekanntlich bei der Grundsteinlegung des Hochseeswerkes von Herrn Direktor Dr. Neumann gesprochen worden; Borte, die befinden sollten, daß hier die Theorie von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit in die Praxis umgesetzt würde. Bis jetzt ist hierüber jedoch nichts zu hören gewesen. Im Gegenteil. Die dortigen Maurer führen lebhafteste Beschwerde über ihre Herren.“ Und sie haben in der Tat alle Ursache hierzu. Wie uns nämlich mitgeteilt wurde, wird von den aus Oberdeutschland importierten Maurern das Regelmaß nach Lübeck fest von ihrem Lohn abgezogen, trotzdem ihnen schmerzhaft bei der Anwendung in Oberdeutschland von dem Polier auf Grund eines Schreibens des Baumeisters Dräger mitgeteilt wurde, daß die Weise frei sei. Weiter hat man den Leuten am letzten Sonnabend von ihrem 58 1/2 betragenden Stundenlohn 3 1/2 einbehalten. Nur kommt aber das Beste. Das eingehaltene Geld soll nur denjenigen Leuten ausbezahlt werden, die bis Weihnachten anhalten. Wer also vor Weihnachten die Arbeit verläßt, geht der ihm abgezogenen Gelder verlustig. Sollte das zutreffen — und wir haben keine Ursache, an den Worten der Leute zu zweifeln —, so ist hier eine Praxis eingeschlagen, die nach unserer Meinung absolut nicht in Einklang zu bringen ist mit den bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen. Schließlich wurde noch lebhaft über das Fehlen einer Baubau diskutiert. — Es ist also, wie man sieht, doch vieles recht faul in der gegenwärtigen Gestalt des Hochseeswerkes. Den Kollegen in Oberdeutschland möchten wir raten, die Arbeitsanahmen nach Lübeck recht dorthin zu sein, da ihnen der ortsübliche Lohn nicht gezahlt wird. Mit dem Arbeitgeberverband ist bei der Ortsregierung vereinbart, daß das Hochseeswerk zum Lübecker Ortsgebiet gehört, trotzdem nun diese Entscheidung. Wir sind bereits in eine lebhafteste Agitation eingetreten, um diese Kollegen für die Organisation zu gewinnen, damit bessere Zustände dort eintreten.

München. Sonntag, den 20. Mai, tagte hier im Gesellschaftshaus „Zur Rade“ unsere Mitgliederversammlung. Gott Blüthius mit seinem unaufhörlichen Regen hatte ebensogut wie die wichtige Tagesordnung dazu beigetragen, diese Versammlung bis auf das letzte Plätzchen zu füllen. Zu Beginn der Versammlung mußten nach § 87 b des Statuts alle Kollegen ausgeschlossen werden. Hierauf erfolgte die Besprechung über die

Anstellung einer Hilfskraft. Es entstand eine ziemlich lebhafteste Debatte, jedoch sprachen sich sämtliche Redner in dem Sinne aus, daß es infolge der in den Vororten und in der Umgebung Münchens noch zu beobachtenden Agitation, sowie infolge der Errichtung neuer Baustellen dem Geschäftsleiter unzulässig sei, im Bureau auch die schriftlichen Arbeiten sowie das Kopieren richtig und genau zu führen. Die ständige Hilfskraft wurde genehmigt. Ein weiterer wichtiger Punkt war die Stärkung der Lokalkasse durch Erhebung einer Extrasteuer. Ein Kollege stellte den Antrag, ab 1. Juni den Beitrag von 55 auf 60 1/2 zu erhöhen. Infolge der Rohrerhöhung im vorigen sowie im heutigen Jahre von 50 auf 55 1/2 wäre der Zweigverein München laut Statut ohnehin verpflichtet, in die nächsthöhere Beitragsklasse einzutreten. Dadurch würde auch die Lokalkasse gewinnen. Nach genauer und detaillierter Auseinandersetzung der Rechte und Vorteile bei höherer Beitragsleistung nahm die Versammlung diesen Antrag einstimmig an. Hieran referierte Herr Fingler über die Pläne und die Taktik der Unternehmerverbände, besonders bei der Metallindustrie. Er führte aus, daß, wenn diese Ausbesserung in der von den Unternehmern projektierten Weise durchgeführt werde, sie sehr schlimme Folgen auch für das Bauwerk zur Folge habe. Redner ist aber überzeugt, daß die Bauorganisation ebenso gerüstet sei, wie die der Metallarbeiter. Selbst die Heeresverwaltung hat ihr Budget für die Marine pro Jahr und Kopf um 1.40 erhöht. Trotz der Lebensmittelerhöhung scheuen sich die Unternehmer nicht, die Arbeitslöhne zu bestärken. Würde das Marinabudget auf eine Familie mit zwei Kindern umgerechnet und die Kinder als eine erwachsene Person betrachtet, so müßte ein Arbeiter jährlich dreimal 1.40 mehr verdienen, um seine Familie so zu ernähren, wie es für einen Marinemilitären vorbestimmt ist. Zum Schluß appellierte der Vortragende an die Anwesenden, ihre Beiträge fleißig und freudig zu bezahlen, und schloß unter großem Beifall seinen lehrreichen Vortrag. Da die Zeit schon sehr weit vorgerückt war, wurde eine Diskussion nicht beliebt, sondern die Versammlung um 1 1/2 Uhr geschlossen.

Belgien. (Christliche Sitten.) Am 18. Mai war auf den Wunsch mehrerer Kollegen von Belgien und Umgebung der Kollege Wob vom Zweigverein Danzig nach hier gekommen, um einiges über den Anstoß an den Verband zu besprechen und die eventuellen Aufnahmen zu beschließen. Hierüber mußte wohl der Streikfreigeorgianist noch aus Danzig Wind bekommen haben; denn er hatte zu diesem Tage eine öffentliche Maurerversammlung in Belgien anberaumt, die von circa 80 Personen besucht war. Darunter befand sich ein Maurer aus Belgien, die übrigen waren Bauern, Handwerksmeister und eine Schutztruppe des genannten Kollege aus Danzig. Nachdem Kollege Wob mit den von uns eingeladenen Kollegen eine Besprechung abgehalten und die Aufnahme der Kollegen beschlossen hatte, glaubte er es für gut zu finden, auch zu der christlichen Versammlung zu gehen. Geleitet wurde die Versammlung von dem christlichen Streikfreier Zebr aus Danzig. Nachdem dann der Streikfreigeorgianist noch sein auf der Schule in Wilmers-Glabach erlerntes Spielchen hergeleitet hatte, was zu neun Zehnteln aus den üblichen wüsten Schimpereien auf der Zentraltendenz bestand, glaubte Kollege Wob dies in sachlicher Weise widerlegen zu müssen. Nachdem er beendet, erklärte der christliche Streikfreier Zebr, die Mitglieder widerprüge, daß die meisten Redner dort zu der Zeichen seien, wo es dem Zentrum bisher möglich gewesen sei, die Arbeiter in ihrer Dummheit zu erhalten, bewiesen die wahren „Christen“ die Mächtigkeit dieses Satzes gleich dadurch, daß sie den Kollegen Wob unter Pfaffen und Söhnen hinauswarfen, wobei er seinen Hut und ein Paket liegen lassen mußte. Die Versammlung war dem Gemeindevorsteher selbst überlassen, er sah sich jedoch nicht veranlaßt, die Mitglieder zu verurteilen. Das Paket mußte sogar noch der Gemeindevorsteher an sich nehmen. Als der Kollege Wob sein Paket forderte, erklärte dieser eble Gelehrter, es sei beschlagnahmt. Auch der Gemeindevorsteher erklärte es für beschlagnahmt, gab es dann doch auf den enthielten Protest des Kollegen Wob heraus. Das Resultat dieser Versammlung war, daß sich bei uns in der Besprechung neun Kollegen aufnehmen ließen, bei den „Christlichen“ in der Versammlung einer. Dieser Fall sei hier als neuer Beweis für die sonderbare „Mittelschichtendeckelung“ Wirkung des Zentrumschristentums registriert.

Plauen im Vogt. Mittwoch, den 16. Mai, tagte hier im Gesellschaftshaus eine öffentliche Maurerversammlung, die sich eines sehr guten Besuchs erfreute. Kollege Schmirn referierte über: „Die Lohnbewegungen im Baubereich.“ Redner legte dar, wie es die Kollegen in anderen Orten Deutschlands verstanden hätten, ihre Löhne zu verbessern, und betonte, an den hiesigen Maurern liege es nun, das gleiche zu tun. Wederwider ist es, daß in Plauen noch immer um die gleiche Forderung gekämpft werde wie vor 25 Jahren. Das Unternehmertum werde aber keine Ruhe finden; die Plauenschen Kollegen hätten keinen Anlaß, nach einem Kriege mit dem Unternehmertum zurückzufahren. In der folgenden Diskussion wurden drei Anträge gestellt, die sämtlich der Agitationskommission überreicht wurden. Weiter wurde beschlossen, die nächste Versammlung Mittwoch, den 30. Mai, abzuhalten, und zwar gleich nach Arbeits-schluß. Die Versammlung soll dazu dienen, um zu prüfen, wie die Kollegen gekommen sind und was sie zu tun gedenken. Im zweiten Punkt der Tagesordnung beschloß sich die Kollegen mit der Frage des Baubereichs. Ein Antrag, dieses System obligatorisch einzuführen, wurde einstimmig angenommen. Weiter wurde vom Vorsitzenden darauf hingewiesen, man möge dem bestehenden Kartellvertrag eine bessere Beachtung schenken. Kollege Schmirn betonte in seinem Schlußwort, daß es Pflicht jedes Kollegen sei, alles daran zu setzen, die uns noch fernstehenden Kollegen der Organisation zuzuführen, denn nur mit Hilfe einer starken Organisation sei es möglich, den Plauenschen Bauarbeitern etwas abzutrotzen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Geiznberg. Die Zahlreiche Nachzügler, bisher zum Geiznberger Zweigverein gehörend, ist mit Zustimmung des Gewerkschafts zum selbständigen Zweigverein erhoben worden. Den Anlaß dazu gab die Agitation, die von Wobitz wirksam geleitet werden konnte, als von hier. Der Zweigverein zählt gegenwärtig 75 Mitglieder. Es liegt immerhin noch ein reichliches Arbeitsfeld vor. Es gilt, noch viele Maurer, die für einen Stundenlohn von 32 bis 38 1/2 bei eifrigeren

Arbeitszeit kauft, dem Verbande zuzuführen. Möge sich nun der junge Zweigverein nach jeder Richtung hin vergrößern und die dortigen Maurer zu klassenbewußten Kämpfern für ihre eigene Erziehung erziehen, damit sie im nächsten Jahre in der Lage sind, für sich bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Der Vorsitzende des Zweigvereins ist Kollege Wilhelm Woppe, der Kassierer Ernst Klemm.

Berlin i. S. Am 23. Mai tagte im Restaurant „Vergeltet“ eine öffentliche Maurerversammlung. Die Tagesordnung lautete: „Wie stellen sich die Maurer von Berlin und Umgebung zu den diesjährigen Lohn- und Arbeitsbedingungen?“ Kollege Wob aus Erimmichau hatte das Referat übernommen. In seinem ebenso sachlichen wie begeisterten Vortrage schilderte Kollege Wob die Zustände, die die Maurer anderwärts durch den Zusammenschluß in der Organisation erreicht haben, und zeigte dann die Notwendigkeit, auch hier Hand zur Verbesserung anzulegen; denn niedrige Massenlöhne und eifrigste Arbeitszeit seien hier an der Tagesordnung. Vor allen Dingen müßten die Kollegen die Verfürgung der Arbeitszeit im Auge behalten, um die Meisterarmee zu vermindern. Redner kam dann auch näher auf die Streiks in den Nachbarorten zu sprechen und kritisierte das Verhalten der Unternehmer. In der Diskussion ging ein Antrag ein: die Versammlung wolle eine Lokalkommission von drei Mann wählen und sie beauftragen, bis zur nächsten Versammlung einen Lokaltarif auszuarbeiten. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Trotz der wichtigen Tagesordnung hatten es verschiedene Kollegen nicht für nötig gehalten, die Versammlung zu besuchen. So sei nun darauf hingewiesen, daß in der nächsten Versammlung kein Kollege fehlen darf. Unser Wahlspruch heißt: „Nicht betteln, nicht bitten, nur mutig gestreiten.“

Wesling. Am 20. Mai fand im Gasthaus zum Seehof eine öffentliche Maurerversammlung statt, in der Kollege Schmal aus Wilmersheim den Vortrag über: „Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ hielt. Den interessantesten Ausführungen des Referenten wurde starker Beifall gezollt. Unter „Bereitsangelegenheiten“ wurden verschiedene Mißstände besprochen und einem Antrag zugestimmt, den Unternehmern die Forderung: zu unterbreiten, an Samstagen um 5 Uhr Schluß der Arbeitszeit, ohne Lohnabzug zu machen, eintreten zu lassen. Nach weiteren Ausführungen mehrerer Kollegen wurde die Versammlung geschlossen. — Unschönend hieran sei bemerkt, daß der Polier Johann Risch haben seine unpassenden Äußerungen über unsere Organisation mit Bauern zurückgenommen hat. Die Kollegen mögen davon Kenntnis nehmen.

Berichtungsberichte sind uns außerdem noch zugegangen aus Färigen, Rudau, Oranienburg, Hildebrand, i. S., Danzshut i. Bayern, Weidenbach i. S., und Wilmersheim. In den letzten beiden Orten hat Zweigvereine gegründet worden; sonst war in den Berichten nichts enthalten, was der Mitteilung wert wäre.

Die arbeitende Jugend.

Sehr wenig hat die Arbeiterbewegung bisher die Frage der Erziehung der jugendlichen Arbeiter ventiliert und noch weniger hat sie praktisch dafür getan. Auch unsere Maurerbewegung macht keine Ausnahme. Wohl verständliche der Kollege Lorenz in der Nr. 42 des „Grundstein“ vom vorigen Jahre einen Artikel über die Erziehung der Lehrlinge zur Organisation, seitdem aber ist es wieder mühsamstill geblieben. Sollte diese Frage wirklich keiner Diskussion wert sein? Ich glaube das nicht; wir sollten sie viel mehr als es bis jetzt geschehen ist, in den Vordergrund stellen, denn so nötig die Ausbreitung und die finanzielle Kräftigung der Organisation ist — auch die Sorge für das heranwachsende Geschlecht, den Nachwuchs, der die Lücken wieder füllen soll, die natürlicher Abgang in unsere Reihen reißt, ist unerlässlich, wenn die Bewegung keinen Stillstand, keine unnötige Verödung erleiden soll.

Von einem Lehrling im richtigen, überlieferten Sinne des Wortes kann heute nur wenig die Rede sein. Früher lernte der Meister den Lehrling selbst an oder kontrollierte wenigstens seine Leistung. Die heutigen Großgeschäfte verdrängen naturgemäß die kleinen und der Betrieb der ersten entwickelt sich langsam zum Schnellbaugeschäft. Die Affordanten der Großgeschäfte können doch keine Lehrlinge ausbilden. In unserem Beruf wird die Lehrlingsfrage in absehbarer Zeit auf die Tagesordnung kommen und nicht wieder verschwinden. Heute schon, wenn es den Gefallen an Material fehlt, muß der Lehrling Steine und Mörtel schleppen, er ist also theoretisch Lehrling und praktisch Bauarbeiter. Geringe Ausnahmen ändern am Gesamtbild nichts. Die stetig zunehmende Spezialisierung im Gewerbe bestärkt die Tatsache, daß immer mehr ungelernete Arbeiter die gelernteren ersetzen. Der intelligente Bauarbeiter ist in kurzer Zeit Zementierer, Röhren u. i. f. Im Norden, im Königreich Sachsen und einigen östlichen Gebietsteilen wird ja noch etwas auf die Ausbildung der Lehrlinge gegeben. Wie aber liegen die Dinge in B. im Gesichtfeld, in Hessen, dem größten Teil Süddeutschlands und am Niederrhein? Kennt man im „Koblenpfad“ oder dem oberdeutschen Industriegebiet eine eigentliche Lehrlingszeit? Keiner dieser Gebiete werden die in großen ganzen vernehmen müssen. In der Mainregion ist der Lehrling 2 Jahre „Spezialbau“ und Transporter der Ege- und Zementwerke für die am Bau beschäftigten Arbeiter. Vornehmlich weißtischen Industriegebiet wollen jene jungen Leute, die nicht direkte Bauarbeit, Mörteltragen u. hn. verrichten, später papierenen Tagelöhner, auf deutsch Techniker, werden. Dies mag anders auch zutreffen, daher der überflüssige Markt in 80 Markttechnikern! Die Lehrlinge aber, die zum tüchtigen Gesellen angeleitet wurden, werden in den meisten der heute abgeschlossenen Verträge benachteiligt. Nichtig ist es nicht, daß dem jungen Gesellen eine bis zu drei Jahren dauernde Kavalenzzeit vorbehalten bleibt, ehe er den vollen Lohn erhält, in Summa also bis sechs Jahre Lehrlingszeit zu absolvieren hat. Der Begriff „Lehrling“ ist eben ein weiter Begriff und läßt sich auf alle Menschen ausdehnen. Tüchtiger befristeter könnte man den Ziel jugendliche Arbeiter; hat man doch in kindlichen Jahren Bauernlöhne von 28, 30 Jahren, die auch „Lehrlinge“ sind. Es ist zweifelhaft, ob die Organisation etwas Positives in der Lehrlingsfrage schaffen kann. Uebrigens

sehen wir ja auch nicht auf dem ansteigenden Standpunkte der Buchdrucker in punkto Gehörten und können dies infolge der Verhältnisse in unserem Gewerbe auch nicht. Aber dahin wird unser Streben doch gehen müssen, daß eine bessere Ausbildung in unserer Ausbildung gewährt wird, (sonst aus dem Grunde, weil die mangelhafte Ausbildung der Lehrlinge ein Hindernis bildet bei unserem Bestreben, überall einen Eingebildeten einzuführen.)

Nun einiges über den Drang der Jugend nach Wissen und seine Befriedigung. Man denke sich einmal, ein 14 bis 15 jähriger Junge etwa vom Eichsfeld, Fuldaerland oder Oberfranken kommt mit dem Vater oder einem Freunde in die Stadt und fängt auf Bauten an, wo tüchtige Verbandskollegen arbeiten. Eine neue Welt geht ihm plötzlich auf. In der Heimat hatte er Ruhe gehütet und statt guter Kost und menschlicher Behandlung Siebe bekommen, sobald der geringste Mißlaß vorlag. Auf dem Bau wird unserem jungen Freund im freundlichsten Tone klar gemacht, daß vieles, was er in der Schule gelernt habe, etwa Rektion und Patriotismus, im harten wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiterklasse gegen ihre Ausbeuter belanglos sei; insofern wohl von Bedeutung, was er speziell diese Fächer so gut lernen mußte, während andere, wie z. B. Rechnen, Schreiben, Sprache, Naturlehre usw., arg vernachlässigt wurden. Selbstredend muß diese stigmatisierte Methode höchst vorzüglich vorgenommen werden, besonders deshalb, weil das alles etwas Neues, bisher Niegelerntes oder Gehörtes ist. Auch mit leicht fasslicher moderner Lektüre verfuhr man es. Über auf der Arbeitsstätte muß die Aufklärungsarbeit verrichtet werden, denn von anderer Seite ist nichts zu erwarten.

Das Bildungsbedürfnis ist bei den meisten dieser jungen Leute sehr groß, da sich die heimatische „Bildung“ auf stundenlange Abendstunden beschränkte, wo die Geistesverblödung ihre Krümmung feierte. Beobachtet man nur die Klerikalen bei ihrer Einwirkung auf die Jugend! Zu diese nicht ihr möglichstes, um der deutschen Arbeiterjugend die eingepflanzten mystischen Ideen zu erhalten? Gerade auf die Jugend hoffen jene Volkseigenen, doch die jungen Arbeiter wollen sich nicht mehr dem geistigen Druck ihrer früheren Lehrer fügen und — wollen neue Lehrer haben. Haben daher nicht alle denkenden Arbeiter die Pflicht, mehr als bisher für unsere Jungen zu tun? Was jetzt bei ihnen bloß ein buntes Mischen ist, muß zur Gewissheit werden. Zu begreifen ist es, daß die Jugend jetzt eine eigene Organisation und eine Zeitung hat, die als Hauptzweck die Erziehung furchtloser Mitstreiter für das Arbeiterrecht der Zukunft hat. Unseren jungen Kollegen, auch den Lehrlingen, ist das Abonnement nur zu empfehlen. Ein erster Schritt ist gemacht, mögen unsere Kollegen die jungen Klassenossen mehr als bisher fügen. Mancher fühlt sich zurückgeworfen, wenn sich die Älteren über die Minderen lustig machen und sie beschimpfen. Das muß aufhören! Die Zeitung der Jugendorganisation heißt „Die junge Garde“ und folgt bei monatlichem Erscheinen pro Nummer 10 Pf. Zum vier- oder fünftenmal, um die immer mehr sich lichtenden Weisen der alten Garde durch eine tüchtige Junge zu schließen. L. V.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

Rechnungs-Abchluss für das 1. Quartal 1906. (Januar, Februar, März.)

Einnahme.

Barer Kassenbestand für den Anfang des Jahres 1906	M. 46556,15
Einfuhr von belegten Kapitalien	1771,75
Einfuhr von	1609,—
Beiträge in der 1. Klasse	M. 98968,—
„ „ 2. „	106916,50
„ „ 3. „	6200,55
„ „ 4. „	1222,60
Ertragssteuer	57,90
	213365,55
Erfahrungen von Versicherungsunternehmen	8857,69
Rückgezahlte Kapitalien	46000,—
Sonstige Einnahmen: Von der Ertragssteuer für	
Quittungsbücher und Strafgebühren	1625,12
Summa der Einnahmen	M. 814285,26

Ausgabe.

Für ärztliche Behandlung	M. 29982,36
Für Arznei und sonstige Heilmittel	22452,78
Krankengeld:	
a) An Mitglieder der 1. Klasse	M. 61841,—
„ „ 2. „	70238,—
„ „ 3. „	7608,—
„ „ 4. „	541,—
	140228,—
b) An Angehörige	4820,75
Sterbegeld für Mitglieder der 1. Klasse	M. 3240,—
„ „ 2. „	3950,—
„ „ 3. „	180,—
„ „ 4. „	25,—
	7895,—
Für- und Verpflegungskosten an Krankenanstalten	22892,90
Rückgezahlte Beiträge und Eintragsgebühren	87,70
Für Kapitalanlagen	24041,75
Verwaltungsausgaben:	
a) persönliche	M. 16734,28
b) sachliche	5137,34
	21871,62
Summa der Ausgaben	M. 272673,81

Abschluss.

Summa der Einnahmen	M. 814285,26
Summa der Ausgaben	272673,81
Ergibt als Barer Bestand am Schlusse des 1. Quart. 06	M. 41611,45
Die Nettoausgaben pro 1. Quartal 1906 betragen	M. 248632,06
Nettoeinnahmen im 1. 1906	221729,11
Ergibt eine Mehrausgabe im 1. Quartal 1906 von	M. 26902,95

Vermögensausweis.

Barer Bestand am Schlusse des 1. Quartals 1906	M. 41611,45
Belegte Kapitalien	688286,90
Ergibt ein Gesamtvermögen am 31. 3. 06 von	M. 707898,35
Nach dem Abschluss des Vorjahres am 31. 12. 05	734801,80
betrag dasselbe	
Dennach am Schlusse des 1. Quartals 1906 ein	M. 26902,95
Weniger von	

Am Schlusse des 1. Quartals zählte die Kasse 301 tätige Verwaltungsmänner und 32372 Mitglieder.

Altona, den 26. Mai 1906. R. Reif, Hauptkassierer.

Vorstand der Verwaltung: Dr. med. v. d. Reib, mit den Büchern und Rechnungen übereinstimmend befunden. Das Kassenvermögen ist uns nachgewiesen resp. vorgelegt.

Für den Abschluss:

Job. Stanning, Feinr. Schulz, W. Sack.

In der Woche vom 20. bis 26. Mai sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Potsdam M. 600, Brandenburg a. d. S. 300, Leipzig-Meubeln 100, Schindler 100, Schmidt 50. Summa M. 1150.

Zufüsse erhielten: Magdeburg M. 200, Senftenberg 100, Marborn 60. Summa M. 360.

Altona, den 26. Mai 1906.

Rud. Reif, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterhaus, Submissionen etc.

(Die Einzelereignisse werden dringender, aber alle in ihrem Gesamtumfang, mit kurzer Anführung der Begleitumstände und der übersehbaren Folgen, umgeben an dem „Grundstein“ zu berichten. Ebenfalls über die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Verlauf von Arbeiterhausbestimmungen und über Submissionsergebnisse.)

Hamburg. Montag, 21. Mai, Morgens um 9½ Uhr hat sich ein schwerer Gerüstunfall im Hofe des Altonaer Hauses (Kontorhaus der Baumann-Büro), Große Reichenstraße 27, zugefallen. Dasselbst waren auf einem Gerüst, die bei der Malerfirma C. Aug. Meyer, Winterstraße, beschäftigten Malergehilfen Alb. Förster, Gust. Stöben und Ludwig Jeller beim Abwachen der Seitenabstände tätig, als plötzlich ein Tau, der bei der Kollabierung eines Fliegenguges rief — nach anderen Nachrichten soll auch ein Brett gebrochen sein — so daß die drei Malergehilfen mit dem Gerüst aus einer Höhe von vier Stockwerken in die Tiefe stürzten. Stöben war sofort tot, während Förster so schwer verletzt wurde, daß er alsbald verstarb, noch bevor man ihn ins Spital transportieren konnte. Ludwig Jeller liegt schwer verletzt im Spital im Altonaer Krankenhaus. Die Malerfirma C. Aug. Meyer pflegt sonst ihre eigenen, durchaus sicheren Gerüste zu verwenden. Hier hatte sie, da auf Verlangen der Baumann-Büro die Arbeiten in drei Tagen fertiggestellt sein sollten, von der Gerüstfirma Heimann ein Gerüst gekauft, das zu dem verhängnisvollen Unfall geführt hat. Die Benutzung von Sängern sollte bei Strafe verboten werden.

Neubaden. Sonntag, 16. Mai stürzte auf dem Abbruch der Privatbank in der Büttnerstraße der Giebel (Fachwerk) ein und begrub die Kollegen Othobert und Jentrich unter sich. Der sogenannte Kollege kam mit einigen nicht gefährlichen Verletzungen davon, dagegen erlitt der Kollege Othobert einen doppelten Schädelbruch. Die Verantw. soll der Kollege die Schuld an diesem Unfall tragen, da der Giebel, der eine veraltete Schelle hatte und sich bereits geneigt hatte, nicht abgeleitet war. Einige Tage vorher wurde unserem Kollegen Jentrich die Hand verfrachtet, indem man ihm mit einem Stiel Walzen einen Finger abschnitt. Wenn Durchschlagen einer Decke wäre beinahe ebenfalls ein Kollege darunter begraben worden. Nach Ausspruch des Maurermeisters Müller, der die Arbeit ausführen ließ, soll ihm dieser Kollege, der nebenbei gesagt, auch Verbandsmitglied ist, das meiste Geld verdient haben. Dann ist ja auch zu begreifen, daß veraltete Fälle passieren. **St. Johann.** Am 22. Mai verunglückte unser Kollege Roland am Bau des Interners C. P. W., indem er vom Giebel 10 m tief abstürzte. Da der Kollege in kurzer Höhe auf ein provisorisches Gerüst fiel und von da in die Tiefe, wurde der Fall abgeschwächt, und diesem Umstande ist es zu verdanken, daß der Abgestürzte mit dem Leben davon gekommen ist. So hat er sich einige leichtere Verletzungen zugezogen, wenn nicht noch schwerere erst später zu Tage treten. — Am 23. Mai stürzte an einem Bau des Interners und Hauptkassierers des Saargebietes Schultheis in St. Johann der Giebel ein und begrub vier Maurer unter seinen Trümmern. Einer wurde schwer verletzt, während die anderen drei mit leichteren Verletzungen davonkamen.

Bauarbeiterschutz in Chemnitz. In der Zeit vom 30. April bis 16. Mai wurde von der Bauarbeiterschutzkommission eine Bauforschung vorgenommen. Kontrolliert wurden 76 Häuser, 4 Abbrüche, 8 Um-, 6 Abbrüche, 1 Umbau, ferner 2 Zimmerplätze sowie 4 ständige und 2 fliegende Steinmehlplätze. Laut Bundesratsverordnung dürfen Arbeiter unter 16 Jahren nicht im Steinmehlgeschäft beschäftigt werden. Es wurde deshalb Anzeige über das Steinmehlgeschäft von Pöhl jun., Dorfstraße, gemacht, weil dort zwei Lehrlinge unter 16 Jahren beschäftigt wurden.

Festgestellt und zur Anzeige gebracht wurden folgende Mißstände: In 11 Fällen war überhaupt keine Baubude vorhanden, in einem Falle fehlte die Tür zu derselben, in 7 Fällen konnte man die Fenster nicht öffnen, 6 Baubuden waren mit schlechtem Fußboden versehen. Mit regelrecht gelegtem Fußboden, wie es die städtische Verordnung vorschreibt, waren nur 3 vorhanden. Spundnäpfe fehlten in 35 Fällen, ein wasserdichtes Dach wurde in 5 Baubuden bemittelt, 38 Baubuden waren nicht sauber, in zweien fehlten die Fenster, zu klein waren die Fenster in zwei Fällen, Material lagerte in 3 Baubuden. — (Sicherheiten (Wissens) waren in 22 Fällen nicht vorhanden, Aborte fehlten zweimal, außer waren 47, eine Toilette oder vorrichtungsmäßige Grube fehlte in 8 Fällen (auch beim Bau der Außenstraße), nicht desinfiziert waren 81, nicht geleert 3, kein blicktes Dach hatten 6 Aborte, keine Tür 2, zu wenig

Aborte waren auf 5 Bauten zu berechnen, Urteiler fehlten in 49 Fällen. — Gerüste: Soeben fehlten 13 mal, Barrieren 11 mal, Schuttbügel bei Überhandmauerungen 8 mal, einmal war letzterer zu schmal.

Einige der krassesten Mißstände seien noch angeführt. Bei einem Abort auf dem Neubau Dürerstraße (Dach) waren Ziegelsteine auf die Stiege und auf diese ein schmales Brett gelegt. In diesem Abort mußten die Leute ihre Notdurft verrichten. Die schmutzigen Aborte sind auch diesmal wieder beim Baumeister und Stadtrat überführt festgestellt worden. Dort werden die Aborte gleich außer von einem Bau zum anderen transportiert (Friedrich-Auguststraße). Auf einem Neubau am Kaiserplatz (Baute) hatte man in dem geräumigen Abort die Abfälle in der Erde aufgeschichtet. Auch wird allseitig über die Abfallabfuhrgefahrstellung getagt, insofern, als diese die für gemeinlichen Abfuhrungen der Abfälle nicht in wünschenswerter Weise ausführt. Offenlich genügt dieser Hinweis.

Der § 61 der Unfallverhütungsvorschriften hat folgenden Wortlaut: „Der Genug gefüllter Gefäße während der Arbeit ist zu vermeiden. Auf den Arbeitsstätten sind frisches Trinkwasser und reine Trinkschüssel bereit zu halten. Auch muß auf Arbeitsplätzen, auf denen eine größere Anzahl von Arbeitern längere Zeit beschäftigt ist, ein Kasten mit genügendem Verbrauchsmaterial und einfachen Arzneimitteln, nicht einer Gebrauchsanweisung vorhanden sein.“ In seinem ersten Absatz in Bezug auf Trinkschüssel wurde der Paragraph auf seinem kontrollierten Bauplatz u. u. eingehalten. Auch der zweite Absatz des Paragraphen wurde nicht eingehalten. Es konnte kein Bau oder Platz festgestellt werden, wo ein Verbrauchskasten nach § 61 vorhanden war. Zu weissen Nachteil das geschieht, ist klar. Die Arbeitgeber des Baugewerbes glauben eben, sich über Vorschriften und Gesetze hinwegsetzen zu können. Wann wird endlich von Seiten des Stadtrates dem Zustand ein Ende bereitet durch Anstellung von Baukontrollanten als Arbeiterkreise?

Daß die Mißstände verschwinden würden, wenn letzteres der Fall wäre, beweist nachstehende, den Tatsachen entsprechende Schilderung. Die Bauarbeiterschutzkommission hat bisher immer die Kontrolle durch mehrere Bauarbeiter an zwei Tagen ausführen lassen. Diesmal wurde auf Grund gemachter Erfahrungen und aus tatsächlichen Gründen die Kontrolle nur durch den Vorsitzenden, und zwar am 14. Tage berechnet, vorgenommen und die gefundenen Mißstände täglich zur Anzeige gebracht.

Die ersten zehn Tage ging das auch ganz gut. Aber wie ein Bauführer wurde die Tatsache bekannt, daß eine Kontrolle der Bauarbeiterschutzkommission käme. Die Mißstände wurden beseitigt, der kontrollierende Genosse wurde von den Bauleitern „erwartet“, alles trug das Aussehen frischen Infanteriens an sich. Also die einzige Tatsache, daß der Arbeiterkontrollant kommt, genügt, um die Vorschriften einzuhalten und großes Meinemachen vorzunehmen. Was sieben ständige Baukontrollanten und ein Kontrollor der Unfallversicherungsgesellschaft nicht zuwege bringen das ganze Jahr hindurch, das bringt der Arbeiterkontrollant — die bloße Angst vor letzterem — zumege. Das ist aber nicht Schuld der ständigen Baukontrollanten, sondern das System der heutigen Baukontrolle.

Der Bauarbeiterschutz in Münster i. W.

Infolge der sich hier in erschreckendem Maße häufenden Baufälle (im Jahre 1904 hatten wir allein 12 tödliche und noch eine weit größere Anzahl mit schweren Verletzungen verbundene Baufälle zu verzeichnen), sah sich die hiesige Bauarbeiterschutzkommission, dem Vorgehen anderer Städte folgend, eine Bauarbeiterschutzkommission ins Leben zu rufen, die ständig durch Veröffentlichung von Mißständen und Aufnahme von Statistiken Besserung zu erzielen suchen soll. Eine solche Statistik soll in nachstehendem veröffentlicht werden und im Anhang hieran die bisherige Tätigkeit der Kommission. — Wenn wir in so großem Maße den Raum des „Grundstein“ in Anspruch nehmen, so mögen unsere Kollegen im übrigen Deutschland bedenken, daß wir hier im Winterlande (treffend Winterland genannt) keine andere Gelegenheit haben, uns öffentlich auszusprechen. Die Lokalverhältnisse hierorts sind ja genügend bekannt.

Kontrolliert wurden 46 Baupläze und 7 Werkplätze für Steinhauser. Unfallverhütungsvorschriften fehlten auf 9, und Verbandstoffe auf 40 Arbeitsplätzen. Gerüste waren 31 gut, 14 mangelhaft, 1 sehr schlecht. Schuttbügel und Brustwehren fehlten in 13 Fällen gänzlich, Balkenlagen waren auf 21 Bauten mangelhaft bzw. gar nicht abgedeckt. Treppenhäuser, Lichtschächte, Kalkbrennen usw. waren auf 16 Bauten mangelhaft und auf 18 gar nicht abgedeckt. Schuttbügel für Klempner, Dachbeder und Glaser fehlten auf 1 in Frage kommenden Bauten gänzlich, ebenso die vorgeschriebenen Sicherungseisen und Gurte. Auf 4 Bauten wurde entgegen den Vorschriften bei offenen Bohrungen gearbeitet. Die Vorschriften der Bundesratsverordnung über das Steinarbeitergewerbe wurden nur in einem Falle befolgt; in 6 Fällen war dies nicht der Fall. Baubuden waren 36 vorhanden; weiterest und verständigbar waren 15, 36 nicht. Fenster waren in 80 Buden, Fußboden war in 38 Buden nicht vorhanden. Zu klein waren 27 Baubuden; in diesen kam auf jeden Beschäftigten nur ½ bis ¾ Quadratmeter Platz. Nicht zu heigen waren 32 Buden. Risse waren in 25 Buden nicht vorhanden; gereinigt wurden 16 Buden überhaupt nicht, Baumaterial wurde in 14 Fällen darin gelagert. Am schlechtesten waren die Aborte. Vorhanden waren 52, auf 8 davon befand sich nicht einmal ein Dach; bei 13 waren weder Türen noch Wenden, so daß von draußen hineingesehen werden konnte. Bei elf Aborten war weder Sitz- noch Stößbrett vorhanden; über das in die Erde gegrabene Loch wurde ein alter Kistbrett gelegt, der den Sitz bildete. Gereinigt und desinfiziert wurden 36 Aborte überhaupt nicht. In 2 Fällen befand sich der Abort direkt an der Baubude, und in 6 Fällen unter 4 Meter davon entfernt, ohne desinfiziert zu werden.

Bei diesen Mißständen ist es denn auch weiter nicht zu verwundern, daß auch im Jahre 1905 eine Anzahl Arbeiterleben und Gesundheit der Profitgier des Unternehmertums opfern mußten. Fünf tote und elf schwer Verletzte stehen in diesem Jahre in der Statistik. Am Neubau des Interners Siebert, am Hoppenhamm, stürzte infolge Gerüstbruchs der Statteur Vesting aus des

des vierten Stockes so unglücklich ab, daß er halb darauf seinen schweren Verletzungen erlag. Am Neubau des Probierlaboratoriums drang infolge schlechter Verteilung und unüberhöflicher leichtfertiger Überlastung ein Gerüst, wodurch zwei Arbeiter getötet und einer schwer verletzt wurde. Die Zufälle auf diesem Bau hätten den Arbeitern schon wiederholt Anlaß zu Beschwerden gegeben; allein drei Eingaben an die Behörde waren notwendig, um die Mißstände einigermaßen zu beseitigen. In diesem Bau, ausgeführt von der Firma Peter Böhmer, wurde das Material mittels eines Fahrstuhles hinaufbefördert, der von einem Benzinmotor getrieben wurde. Das Maschinenhaus, in dem er aufgestellt war, spottete jedoch jeder Beschreibung. Aus allen zusammengefügten Gerüst- und Schaltheiten war ein primitiver Fuchboden hergestellt. An dem Motor, an dem sich zwei große Schwungräder und vier Kreidriemen befanden, fehlte jede Schutzvorrichtung, so daß man beim geringsten Fehltritt in das Getriebe stürzen mußte. Was vorauszuheben war, geschah denn auch: der Maschinenführer selbst geriet mit der rechten Hand in die Räder, und zog sich eine schwere Quetschung zu. Bei derselben Firma führte am Neubau der Universitätsbibliothek infolge mangelnder Schutzvorrichtung — es fehlten an den Ausladebühnen des zum Materialtransport dienenden Fahrstuhles die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen — ein Arbeiter mit einem eisernen Wagen aus einer Höhe von 10 Metern in den Fuchsboden hinab und wurde schwer verletzt. Dem Krankenhausteile wurde große Entschädigung rief bei diesem Unfall der Mißstand unter den Arbeitern hervor, daß, trotzdem über 40 Arbeiter dort beschäftigt wurden, an Werbungsstellen nicht das geringste vorhanden war. Mittels aller zusammengefügter Pumpen und einem Eimer kalten Wassers wurden dem Schwerverletzten die Wunden ausgewaschen. Erst am energischen Drängen der Bauleitung wurde dem Verletzten abgeholfen.

Im November führte am Neubau des Internermeis Medlenburg der Bauleitung infolge schlechter Verteilung und unüberhöflicher Überlastung ein Gerüst, wodurch zwei Arbeiter getötet und einer schwer verletzt wurde. Die Zufälle auf diesem Bau hätten den Arbeitern schon wiederholt Anlaß zu Beschwerden gegeben; allein drei Eingaben an die Behörde waren notwendig, um die Mißstände einigermaßen zu beseitigen. In diesem Bau, ausgeführt von der Firma Peter Böhmer, wurde das Material mittels eines Fahrstuhles hinaufbefördert, der von einem Benzinmotor getrieben wurde. Das Maschinenhaus, in dem er aufgestellt war, spottete jedoch jeder Beschreibung. Aus allen zusammengefügten Gerüst- und Schaltheiten war ein primitiver Fuchboden hergestellt. An dem Motor, an dem sich zwei große Schwungräder und vier Kreidriemen befanden, fehlte jede Schutzvorrichtung, so daß man beim geringsten Fehltritt in das Getriebe stürzen mußte. Was vorauszuheben war, geschah denn auch: der Maschinenführer selbst geriet mit der rechten Hand in die Räder, und zog sich eine schwere Quetschung zu. Bei derselben Firma führte am Neubau der Universitätsbibliothek infolge mangelnder Schutzvorrichtung — es fehlten an den Ausladebühnen des zum Materialtransport dienenden Fahrstuhles die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen — ein Arbeiter mit einem eisernen Wagen aus einer Höhe von 10 Metern in den Fuchsboden hinab und wurde schwer verletzt. Dem Krankenhausteile wurde große Entschädigung rief bei diesem Unfall der Mißstand unter den Arbeitern hervor, daß, trotzdem über 40 Arbeiter dort beschäftigt wurden, an Werbungsstellen nicht das geringste vorhanden war. Mittels aller zusammengefügter Pumpen und einem Eimer kalten Wassers wurden dem Schwerverletzten die Wunden ausgewaschen. Erst am energischen Drängen der Bauleitung wurde dem Verletzten abgeholfen.

Im November führte am Neubau des Internermeis Medlenburg der Bauleitung infolge schlechter Verteilung und unüberhöflicher Überlastung ein Gerüst, wodurch zwei Arbeiter getötet und einer schwer verletzt wurde. Die Zufälle auf diesem Bau hätten den Arbeitern schon wiederholt Anlaß zu Beschwerden gegeben; allein drei Eingaben an die Behörde waren notwendig, um die Mißstände einigermaßen zu beseitigen. In diesem Bau, ausgeführt von der Firma Peter Böhmer, wurde das Material mittels eines Fahrstuhles hinaufbefördert, der von einem Benzinmotor getrieben wurde. Das Maschinenhaus, in dem er aufgestellt war, spottete jedoch jeder Beschreibung. Aus allen zusammengefügten Gerüst- und Schaltheiten war ein primitiver Fuchboden hergestellt. An dem Motor, an dem sich zwei große Schwungräder und vier Kreidriemen befanden, fehlte jede Schutzvorrichtung, so daß man beim geringsten Fehltritt in das Getriebe stürzen mußte. Was vorauszuheben war, geschah denn auch: der Maschinenführer selbst geriet mit der rechten Hand in die Räder, und zog sich eine schwere Quetschung zu. Bei derselben Firma führte am Neubau der Universitätsbibliothek infolge mangelnder Schutzvorrichtung — es fehlten an den Ausladebühnen des zum Materialtransport dienenden Fahrstuhles die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen — ein Arbeiter mit einem eisernen Wagen aus einer Höhe von 10 Metern in den Fuchsboden hinab und wurde schwer verletzt. Dem Krankenhausteile wurde große Entschädigung rief bei diesem Unfall der Mißstand unter den Arbeitern hervor, daß, trotzdem über 40 Arbeiter dort beschäftigt wurden, an Werbungsstellen nicht das geringste vorhanden war. Mittels aller zusammengefügter Pumpen und einem Eimer kalten Wassers wurden dem Schwerverletzten die Wunden ausgewaschen. Erst am energischen Drängen der Bauleitung wurde dem Verletzten abgeholfen.

Im November führte am Neubau des Internermeis Medlenburg der Bauleitung infolge schlechter Verteilung und unüberhöflicher Überlastung ein Gerüst, wodurch zwei Arbeiter getötet und einer schwer verletzt wurde. Die Zufälle auf diesem Bau hätten den Arbeitern schon wiederholt Anlaß zu Beschwerden gegeben; allein drei Eingaben an die Behörde waren notwendig, um die Mißstände einigermaßen zu beseitigen. In diesem Bau, ausgeführt von der Firma Peter Böhmer, wurde das Material mittels eines Fahrstuhles hinaufbefördert, der von einem Benzinmotor getrieben wurde. Das Maschinenhaus, in dem er aufgestellt war, spottete jedoch jeder Beschreibung. Aus allen zusammengefügten Gerüst- und Schaltheiten war ein primitiver Fuchboden hergestellt. An dem Motor, an dem sich zwei große Schwungräder und vier Kreidriemen befanden, fehlte jede Schutzvorrichtung, so daß man beim geringsten Fehltritt in das Getriebe stürzen mußte. Was vorauszuheben war, geschah denn auch: der Maschinenführer selbst geriet mit der rechten Hand in die Räder, und zog sich eine schwere Quetschung zu. Bei derselben Firma führte am Neubau der Universitätsbibliothek infolge mangelnder Schutzvorrichtung — es fehlten an den Ausladebühnen des zum Materialtransport dienenden Fahrstuhles die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen — ein Arbeiter mit einem eisernen Wagen aus einer Höhe von 10 Metern in den Fuchsboden hinab und wurde schwer verletzt. Dem Krankenhausteile wurde große Entschädigung rief bei diesem Unfall der Mißstand unter den Arbeitern hervor, daß, trotzdem über 40 Arbeiter dort beschäftigt wurden, an Werbungsstellen nicht das geringste vorhanden war. Mittels aller zusammengefügter Pumpen und einem Eimer kalten Wassers wurden dem Schwerverletzten die Wunden ausgewaschen. Erst am energischen Drängen der Bauleitung wurde dem Verletzten abgeholfen.

Verwaltung zu veranlassen, endlich eine derartige Veranordnung zu erlassen. In diesem Zweite wurde auch in diesem Frühjahr eine Bauteilkontrolle vorgenommen, die nachfolgenden Mißstände ergab:

Kontrolliert wurden: 68 Baupläne und 8 Werkpläne. Unfallverhütungsvorschriften fehlten auf 8 und Verbandspläne auf 45 Arbeitsplätzen. Auf 8 Plätzen fehlte es sogar an gutem Trinkwasser. Gerüste waren 25 gut, mangelhaft 20, schlecht 1. Schuttschilde fehlten auf 29 Bauten, Balkenlagen waren auf 20 Bauten mangelhaft bezogen, gar nicht abgedeckt. Treppenaufsteige, Abfahrschilde, Stützgerüste usw. waren auf 30 Bauten nicht abgedeckt bzw. ohne Schutzgitter. Schutzgitter für Dachbeder, Klempner, Glaser usw. fehlten auf 11 Bauten in Frage kommenden 23 Bauten, ebenso die vorgeschriebenen Sicherheitsseile und Seile. Von 18 in Frage kommenden Bauteilen fehlten auf 13 der Verankerung der Fenster, um die Arbeiter gegen Zugluft zu schützen. Arbeitsbühnen waren 8 vorhanden, hiervon befanden sich 3 in sehr schlechtem Zustand. Baubühnen waren 62 vorhanden, wetteilweise und verfallbar waren 31, teilweise 25, gar nicht 6, zu offener Fenster fehlten bei 14 Buben, in 17 Buben waren überhaupt keine Fenster vorhanden. Fußböden fehlten in 26 und Tische in 32 Buben; nicht zu heizen waren 31, gereinigt wurden 19 Buben überhaupt nicht und in 20 Fällen wurde Material in denselben gelagert.

Aborte waren 62 vorhanden, davon fehlte auf 8 ein Dach, bei 9 waren weder eine Tür noch Klappen vorhanden, so daß man von draußen hineinsehen konnte. Bei 21 Aborten war weder eine Tür noch Stühler vorhanden und gereinigt wurden 19 Aborte überhaupt nicht. 13 Aborte befanden sich unter 6 m von der Baubühne entfernt, ohne daß für genügende Reinigung und Desinfizierung gesorgt wurde. Besonders schlecht war der Abort am Neubau des Gymnasiums, ausgeführt von der Firma Dabmann. Auf dieser Baustelle, die drei Neubauten umfaßt und auf der eine Anzahl Steinmänner das ganze vorige Jahr gearbeitet haben, sind an dem Abort weder eine Tür noch Stühler angebracht, und gereinigt, desinfiziert, usw. ist er seit über einem Jahr überhaupt nicht mehr! Noch schlechter steht es auf dem Bau der Sparkasse, Unternehmern Bullermann, aus, noch befindet sich weder eine Baubühne noch ein Abort, so daß nicht einmal Trinkwasser für vorhanden. Die an diesem, an einer der verkehrsreichsten Straßen der Stadt gelegenen Bau beschäftigten Arbeiter müssen sehen, wie sie, ohne ihr eigenes und das Schamgefühl anderer zu verletzen, ihre Notdurft verrichten. Und solche Zustände herrschen auf einem städtischen Bau!

Auch in puncto Ausführung der Bauten wird hier, da es an der nötigen Kontrolle fehlt, noch schwer gefordert; dies bewies so recht der hier am 11. April erfolgte Einsturz des Neubaus des Internermeis, Mißstand an der Rottelstraße. Glücklicherweise passierte das Unglück in der Vesperpause. Als sich die am Bau Beschäftigten in der Baubühne befanden, stürzte der zum Teil schon gerichtete drei Etagen hohe Bau ein. Der Zimmermeister, der sich gerade oben befand, wurde schwer verletzt dem Krankenhausteile zugeführt. Das Material, das auf diesem Bau verwandt wurde, spottete jeder Beschreibung. Der zum Mauern verwandte Mörtel bestand zum größten Teil aus Gestein (einer Art Lehm) ohne den geringsten Zusatz von Sand und mit einem verhältnismäßig kleinen Teile Kalk. Die Steine waren fast lauter Brocken. Wir haben Teile des Mauerwerks gesehen, wo oben und hinten ein halber Stein bis 10 Schichten hoch aufgemauert und der Zwischenraum des 61 cm starken Mauerwerks mit Schutt ausgefüllt war. Ebenfalls war von einer genügenden Verankerung nicht das geringste zu sehen.

In Anbetracht dieser hier geschilderten Mißstände rufen wir allen Bauarbeitern Münsters zu: Wo sich auf Bauten Mißstände zeigen, meldet sie sofort der Bauarbeiter-Schutzkommission, damit diese Material bekommt, die Mißstände beseitigt werden, endlich auch hier für den Schutz der Bauarbeiter etwas zu tun.

Die Bauarbeiter-Schutzkommission zu Münster. W. T.

Frauenarbeit in Steinbrüchen.

Eine Verordnung des Bundesrats vom 20. März 1902 bestimmt, daß in Steinbrüchen bei der Steingewinnung oder der Hohenaufarbeitung von Steinen, bezüglichen beim Transport oder Verladen von Steinen Arbeiterinnen nicht beschäftigt werden dürfen. Gegen diese Bestimmung wandte sich ein aus Diera bei Meissen von 80 Frauen am Reichstag gerichtete Petition.

Die Petitionnen sind vor dem Inkrafttreten erwähneter Bundesratsverordnung, wie sie angeben, in den Steinbrüchen bei Diera mit dem Marschlagshagen (Steinbrüchen) beschäftigt gewesen, d. h. sie haben bei zu Geschäftsaufstellungen und zu Aufstellungen zwischen Eisenbahngeleisen Verwendung findenden Steine hergerichtet. Sie behaupten nun, diese Arbeit sei eine leichte, die selbst von Kindern ausgeführt werden könne und Gefahren für Leben und Gesundheit der damit beschäftigten Personen nicht mit sich bringe. Es gäbe überhaupt keine leichtere und bequemere Arbeit für Frauen als die, welche ihnen jetzt verdonnen worden sei. Die Arbeit sei zudem nicht in den Steinbrüchen selbst verrichtet worden, sondern die Steine wären auf einen freien Platz geschafft worden, um dort von den Frauen mit dem Hammer zerhacken zu werden. Das Petition geht dahin: das Marschlagshagen nicht als Arbeitsort in Steinbrüchen zu betrachten und die Frauen zu dieser Arbeit wieder zuzulassen.

Die Petition kam kürzlich in der Petitionskommission zur Verhandlung. Der zur Beratung zugezogene Kaiserliche Geheim-Regierungsrat Herr Dr. Srengrer als Kommissar des Reichstags hat durch die Entlassung schädlichen Mineralstaubes gefährdet. Sie enthalten verhältnismäßig häufig an Entzündungen der Schleimhäute der Luftröhre und an deren Folgekrankheit, der Lungenentzündung. Besonders Gefahren sind diejenigen Arbeiter ausgelegt, welche Sandstein bearbeiten. Bei den Gebirgen, die bei der Gewinnung von Sandstein in der Gegend von Diera 1898 von je 1000 Sandsteinarbeitern 22,4 und von je 1000 dort lebenden Steinmännern sogar 29,1 an Lungenerkrankungen starben,

während von der gesamten Bevölkerung dieses Bezirks im gleichen Jahre an solchen Krankheiten von je 1000 Personen nur drei gestorben sind. Demnach handelt es sich hier um eine 9- bis 10-fache Gefährdung, daß es geboten erscheint, im § 10 Abs. 2 der Bekanntmachung die Beschäftigung von Arbeiterinnen mit solchen Arbeiten, bei denen die der Einwirkung von Staub ausgesetzt sind, völlig zu untersagen.

In der Kommission wurde von sozialdemokratischer Seite der Forderung der Petitionnen entgegengehalten, daß diese die gesundheitsschädlichen Wirkungen der Arbeit des Steinbohrers auf den weiblichen Organismus offenbar verkennten. Sicher erwies sich bei dieser Arbeit viel Staub, welcher schädigend auf die Atmungsorgane einwirkte. Auch die gedrückte Stellung, welche die Arbeiterinnen bei der Arbeit einnehmen mußten und das Hartieren mit dem Hammer waren jedenfalls nicht geeignet, als leichte und gesunde Arbeit für Frauen — wie die Petition angibt — bezeichnet zu werden. Jedenfalls können mit dem Bundesrat nicht nachgehen, daß er mit dem Gesetz von 1902, wie die hier angeführten, leichtfertige Vorbehalte, Trüffeln Gründe und reißliche Entgegnungen hätten zum Erlaß dieser Verordnung geführt. Ausfallend sei auch, daß in der Petition die verbotene Arbeit in so überwiegiger Weise als für Frauen so ganz besonders geeignet bezeichnet wurde. Es scheint fast, als ob die Petition nicht aus eigenem Antrieb von den Frauen ausgegangen sei. Man könne annehmen, sie sei von den Unternehmern veranlaßt worden, denen daran liege, sich billige Arbeitskräfte zu verschaffen. Auch der Umstand, daß die 80 Frauen, mit denen die Petition unterzeichnet ist, nicht von den Frauen selbst, sondern alle von einer Person geschrieben seien, wäre geeignet, diese Annahme als gerechtfertigt erscheinen zu lassen.

Von anderer Seite wurde ausgeführt, daß die Wünsche der Petitionnen berücksichtigt zu werden verdienen. Die Arbeit, welche den Frauen verdonnen werden sei, wäre als leichte zu betrachten. Auch die Hammer, welche zum Zerhacken der Steine benutzt würden, wären nicht schwer und deshalb von den Frauen gut zu handhaben. Von einer gesundheitsschädlichen Staubentwicklung bei der Arbeit könne auch nicht die Rede sein, da es sich nicht um Sandstein, sondern um härtere Gesteinskörner handelte. Daß die Petition nicht die eigenhändigen Namensunterschriften der 80 Frauen aufweise, liege wohl daran, daß diese mit dem Schreiben nicht recht vertraut seien.

Die Kommissionenbericht trat letzteren Ansführungen nicht bei. Sie beschloß, dem Plenum zu empfehlen, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Ohne Zweifel steht das Unternehmertum hinter dem Begehren. Aber man muß sich nur, daß selbst im Reichstage sich „fuge“ und „wohlwollende“ Leute finden, die Steinbrüchen ablehnen, sei die Arbeit für Frauen erachtet.

Aus anderen Fernen.

* **Einen Vorhaben** haben die englischen Gewerkschaften unseren famosen bürgerlichen Sozialpolitikern samt ihren Gleich-Dummköpfen und christlichen Böglingen in allerbestmöglicher Weise erteilt, als diese kürzlich eine Entsendungsdelegation nach dem „wilden“ England unternehmen. Die Delegation dieser Rastriker hat sich durch einen Londoner Gentleman bei der General-Exekution of Trade-Unions zum Besuch gemeldet. In der neuesten Ausgabe des Quartalsberichts der G. S. of Trade-Unions (März 1906) wird die fragliche Delegation mitgeteilt und hervorgehoben, daß es sich um die Gleich-Dummköpfe und christlichen Gewerkschaften handelt, die von der genannten Gesellschaft delegiert sind. Es heißt dann weiter: „Die anerkannte Repräsentation der Gewerkschaften Deutschlands ist die „Generalunion“, die Hand in Hand mit der deutschen sozialistischen Partei wirkt, und die Generalunion, die die weitläufigste Föderation der Gewerkschaften Deutschlands darstellt, ist in keinerlei Weise identisch mit dem angegebenen Besuch, dessen Teilnehmer kaum als Repräsentation der deutschen Arbeiter erwähnt werden können. Wir beantragen, wie dem auch sei, den Delegierten ein Interview zu bewilligen und ihnen alle gewünschten Informationen über die Bewegung in diesem Lande zu gewähren. Wir hoffen, ihnen verständlich machen zu können, daß das Wohl der Arbeiter nicht gefördert wird dadurch, daß man sie in Sektionen gesplittet, ob christliche oder Heiden, sondern indem man sie vereint auf der einen gemeinsamen Basis der Arbeit.“

Wir können den Schmerz unserer Genossen nachfühlen, den sie darüber empfinden, daß auch die „braven-praktischen“ Engländer von ihnen abdrücken. Das Verhalten unserer englischen Genossen über ist korrekt und darum selbstverständlich.

* **Gewerkschaftsdebatte verhasst.** Der Kollege Staudinger, Redakteur des „Steinbrücher“, ist am 23. Mai auf Anordnung der Leipziger Staatsanwaltschaft verhaftet. Es soll sich um eine jener berühmten „Erscheinungen“ handeln, die seit längerer Zeit zum staatsanwaltschaftlichen Sport geworden sind.

* **Die Lage in der Metallindustrie** ist noch immer so gespannt, daß Aussperrungen in großem Umfang zu erwarten sind. Nach dem Beschluß der Eisenmacher soll am 2. Juni, am Vorabend des Pfingstfestes, damit begonnen werden. Die Gleich-Dummköpfe — sowohl wie die „christlichen“ Gewerkschaften haben sich in der Metallindustrie als Hülfskräfte angeboten. Der „Generalrat“ des Gleich-Dummköpfung Gewerkschaften der Maschinenbau- und Metallarbeiter hat seine Mitglieder durch ein Zirkular wie folgt instruiert:

Kollegen! Die heutigen Kämpfe in der Metallindustrie, die fortgesetzt an Schärfe der Kämpfe und an Ausdehnung zunehmen, haben in letzter Zeit seitens der Zeitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Mahnwörterregeln gegerollt, denen wir vom Standpunkt unseres Gewerkschafts unter keinen Umständen zustimmen können.

Wiederholt ist von der Zeitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, sobald die Unternehmer mit der Aussperrung einverstanden und von den Arbeitern Angaben verlangen, ob und wo sie organisiert seien, die Parole ausgegeben worden:

Die Mitglieder des großen mächtigen Deutschen Metallarbeiterverbandes, holt auch nicht als solche zu bekennen, sondern müßt eine Organisation verlangen.

Kollegen! Welches Zeichen der Schwäche, welches ängstliche Zurückweichen vor einem drohenden Gefahr! Und was noch schlimmer ist: Welches feige, dreiste Aufzettelung, Feigheit unter den Arbeitern großzuspielen.

Hieran schließt sich die Aufforderung an die Arbeiter, bei der Ausperrung der Fabrikanten gegenüber nur ja recht fest zu bleiben: Ich bin Mitglied des Gewerkschaftsverbandes der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter.

Welter kann die Gallanterie nicht mehr getrieben werden. Man denke: die Metallindustriellen wollen vornehmlich Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes auspersperren. Wenn nun der „Generalrat“ des Gewerkschaftsverbandes seinen Mitgliedern empfiehlt, sich ausbrüchlich als Gewerkschaftler zu bekennen, so heißt das in schlichter Deutsch überflüssig nichts anderes als: Wir sind Dunderstern sind die braven Kinder, wir bitten darum, nicht hinausgeworfen zu werden.

* Die Ausperrung der Buchbinder in Berlin und Leipzig nimmt ihren Fortgang. In Berlin sind nach der Zusammenstellung der „Buchbinder-Zeitung“ 1023, in Leipzig 8087, zusammen also 4110 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt. Eine am 8. Mai stattgefundene Verhandlung zwischen den beiderseitigen Zentralleitungen; der Berliner Zentralorganisation der Unternehmer und Vertreter der Ausgesperrten in Berlin und Leipzig führte zu keinem Resultat, da der Führer der Unternehmer, Herr Friedrich-Beitzig, die bedingungslose Unterwerfung der Ausgesperrten als erste Bedingung aufstellte, was von den Arbeitern selbstverständlich ablehnt wurde.

* Den Lithographen und Steinbrüchern steht ein großer Kampf bevor. Die Streiks in einigen Orten hat die Unternehmerorganisation des Steinbrüchergewerbes mit der Gesamtausperrung sämtlicher Gehäusen beantwortet. Apropos wollen wir dem guten Willen dazu hat es den Unternehmern wirklich nicht gefehlt; sie rechneten damit, daß 8000 Arbeiter drohlos würden. Dieser gemüthliche Plan hat sich nun nicht verwirklichen lassen, es sind bisher 8000. Davon steht aber ein Teil erst in Kündigung, die am 2. Juni abläuft. Worauf es der Leitung des Unternehmerverbandes ankam, wird daraus ersichtlich, daß sie den Arbeitern das Weiterarbeiten gestatten will, die aus dem Sinesedebund austreten. Bisher ist nur in 20 Orten dem Befehl der Leitung Folge geleistet, während die Gewerkschaft der Steinbrücker, der Sinesedebund, in weit über 100 Orten zahlstellen besitzt. Die Lithographen werden sich voraussichtlich recht beeiden in die Tinte setzen.

* Der Bergarbeiterstreik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier ist beendet. Der Beschluß, den Streik aufzuheben, ist am 26. Mai in den Versammlungen der Ausständigen gefaßt, er bezieht sich jedoch nur auf die Werke, die bindende Zusagen abgegeben haben.

* Gewerkschaftsjubiläum. Auf eine vierzigjährige Verbandsaltersfeier kann nunmehr der Buchbinderverband zurückblicken. Am 20. Mai 1866 fand der erste deutsche Buchbinderstag statt, auf dem die Gründung des Verbandes beschlossen wurde. Der „Korrespondent“ widmet dem Jubiläum einen langen Artikel, in welchem die Kämpfe des Verbandes ihre Würdigung finden. Schon vor 33 Jahren hatten demnach die organisierten Buchbinder sich derselben Ausperrungsart zu erfreuen, die heute das Unternehmertum gegenüber den Gewerkschaften allgemein praktiziert. Er drückt die Überzeugung aus, daß diese mit der Ausperrungsart der Unternehmer ebenso gut fertig werden, wie es die Buchbinder geworden sind. Der Verband zählte damals 6900 Mitglieder; heute hat er es auf über 44000 gebracht und seine heutigen Positionen auf tariflichem Gebiete gelten den Gewerkschaften noch allgemein als das Ziel der nächsten Kämpfe.

Polizei und Gerichte.

* Ein mehr als sonderbares Urteil fällt das Schöffengericht zu Gießen. Der Kollege Meigel hatte in einer öffentlichen Mauerversammlung die bekannten Aufnahmefähigkeiten unseres Verbandes ausgeteilt und war darum wegen Verletzung des Preßgesetzes mit einem Strafmandat über 1. M. 6 bestraft worden. Die dagegen eingelegte Berufung hat nun das Schöffengericht verworfen. Im dem Urteil heißt es:

„In diesem... Gegenstand liegt ein Verstoß gegen die durch § 80 Abs. 2 des Reichspreßgesetzes vom 7. Mai 1874 anzuwendenden §§ 9 und 10 des preussischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851, weil das zum des Angeklagten ein der vollständigen Genehmigung bedürftigen Verleihen eines Aufrufs enthielt. Da sich enthielt zwar der Zettel einen Aufruf nicht, der mündlichen Aufforderung ist aber die Aufforderung durch den bedruckten Zettel als wirksames Mittel zur Durchführung des Verleihen gefolgt und damit der Inhalt des Zettels zu einem Aufruf geworden.“ Wir müssen gestehen, wie haben schon mancherlei Urteile gesehen, die deutsche Öffentlichkeit ist ja in dieser Beziehung überhaupt an starken Tabak gewöhnt, aber vor den sonderbaren Urteilen des preussischen Schöffengerichts bedarf es doch des Gerichtsprodukts wahrlich nicht zu verzweifeln. Welch verblüffend seltsame Logik liegt nicht in dieser Folgerung: Die Verteilung der Aufnahmefähigkeiten ist ohne polizeiliche Erlaubnis gestattet, die mündliche Aufforderung zum Verleihen in den Verband ist aber immer noch ohne polizeiliche Erlaubnis erlaubt, aber wer selbe erlaubt die Handlungen begeht, der macht sich strafbar. Man frage, man schlage unfernweg die Hände über dem Kopf: Das ist der Inhalt dieses Wahrspruches! Der Aufnahmefähigkeiten enthält keinen Aufruf, das hat sogar das Gericht anerkannt (nach diesem Urteil berührt einen dies recht merkwürdig); nun aber redet der Mensch einige Worte bei der Verteilung; mit einem aufmunternden, beileblich auch nur informierenden Wort begleitet er seine Arbeit; da plötzlich verwandelt sich (nach der Ansicht des Gerichts) dieser unschuldige Zettel, der so unschuldig ist, daß es ihm sogar die Personen des Gießen-Schöffengerichts attestieren müssen, in ein schwerwichtiges, schuldhaftes Dokument. In einer mathematischen Formel ausgedrückt, würde das Urteil so aussehen: 0 + 0 = 1. Nach dem diese bleibt zwar Null plus Null immer Null, das ist nach der Logik des Schöffengerichts zu Gießen von nun anbarer Unstimmigkeit; zwei erlaubte Handlungen ergeben zusammen ein Verleihen.

Es ist nur ein Gebot der Pflicht, wenn wir auch die Richter bekannt geben, die diese Reform aller Grundgesetze mit fähigem Mute angefaßt haben. Als Vorsitzender fungierte der Richter Thomaas, als öffentlicher Ankläger ein Herr Bild, das Schöffengericht verurteilt zwei ehemalige Handwerksmeister, Runge und Barth, Selbstverleihen wird sich das zuhändige Landgericht noch einmal mit diesem geistreichen Urteil beschäftigen müssen.

Verschiedenes.

* Um einen Arbeitswilligen. Vor der Strafkammer zu Offenbach wurde der Schuhmacher Dobrinsky wegen Mißhandlung eines Arbeitswilligen anlässlich eines Schuhmacherstreiks zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Der Mißhandelte hat seinen dauernden Schaden erlitten, sondern konnte nach kurzem seine Arbeit wieder aufnehmen. Er wurde selbst vom Staatsanwalt als ein charakterloses Subjekt, der wegen Betruges verfolgt wird, hingestellt. Die Täterhaft Dobrinsky, der noch nicht vorbestraft war, ist zudem sehr zweifelhaft. Trotzdem die harte Strafe! Denn „es handelt sich um einen Arbeitswilligen!“ So wurde die hohe Strafe nämlich begründet!

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart; Paul Singer), Heft 85 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Moderne Titanenkämpfe. Von Paul Lindreit. — Töfen. 20. März 1898. — 23. März 1906. Von Henriette Moland-Holt. — Zur Taktik der Sozialdemokratie. Eine Ergänzung. Von Otto Gellner. — Arbeiterbewegung und Diktatur. Von Dr. A. Wladislaw. — Über Arbeiterbewegung und Diktatur. Eine Ergänzung. Von Henriette Moland-Holt. — Sächsischer Wahlrechtsentwurf. Von Hans Bloß.

Neue Gesellschaft, zweiter Jahrgang, Heft 22. Inhalt: Glosien. A. Schickel. Gegen die Steuerreform. B. Braun. Preussens Schule im Lichte amerikanischer Kultur. C. H. Deuse. Religion in britischen Schulen. D. David. Die Hamburger Produktion. B. Holzamer. Ernst Töfen.

Die „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 11 des 16. Jahrgangs.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 A.; durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis ohne Bestellgeld 55 A., unter Kreuzband 85 A. Jahresabonnement 1.260.

Der „Wahre Jacob“, Nr. 11 seines 23. Jahrgangs. Aus dem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Ehnenarbeiterkontrolle im Reichstag“ und „Die Stützen des Thrones in Ausland“, sowie die Illustrationen „Der Höllester am 1. Mai 1906“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 A.

Briefkasten.

Zeulendorf. Der Weinbau ist in den Vereinigten Staaten von Nordamerika geringer als in Deutschland. Er betrug dort 1890 1,9 Aiter pro Kopf der Bevölkerung, während in Deutschland in demselben Jahre 5,7 Aiter auf den Kopf der Bevölkerung entfielen. Die Preise sind hier wie dort sehr verschieden; es man dort das Aiter oder die Flasche für 50 A. kaufen kann, können wir Ihnen nicht beraten. Ihre Annahme, daß nur in der weiteren Umgebung von St. Francisco Wein gebaut wird, ist falsch. Die Weinberge der Weinproduzenten Staaten sind: Kalifornien, Ohio, Virginia, New-York, Illinois, Missouri. Die mit Reben bebaute Fläche betrug in den Vereinigten Staaten im Jahre 1889 125 000 Hektar. Deutschland hatte im Jahre 1895 eine mit Reben angebaute Fläche von 116 000 Hektar. Die Weinproduktion belief sich in den Vereinigten Staaten im Jahre 1895 auf 680 000 Hektoliter. In Deutschland betrug sie im selben Jahre 2 012 000 Hektoliter. Hiernach ist wohl anzunehmen, daß der Wein in den Vereinigten Staaten teurer ist als in Deutschland, da bei der bedeutend geringeren Produktion auch noch eine bedeutend höhere Einmohnerzahl in Betracht kommt.

Wanne. Für diesmal haben wir die Versammlungsanzeige aufgenommen, sie muß aber für jede Versammlung wieder eingelegt werden.

Königsberg i. P. R. Lassen Sie doch den Schmierfinken seine armenigen Geistesprodukte ruhig in den christlichen Blättern ablagern. Wozu sich deshalb aufregend! Solchen kleinen Kästern gibt man gelegentlich einen Fußtritt und läßt sie dann laufen.

Mienburg a. d. W. Da sich die beiden sonderbaren Poliere schon dort ein Denkmal gesetzt haben — wie Sie schreiben —, so können wir wohl davon Abstand nehmen, es nun auch im „Grundstein“ zu tun.

Duerfurt. O. S. Der Oberförster ist berechtigt, beratliche Vorschläge zu erlassen; Sie haben sich dem zu fügen.

Stuttgart. O. S. Wir bekennen, zerknirsch unsere Schuld. Aber müssen wir dann gleich damit bestraft werden, daß wir für die ungenügend frankierte Postkarte Strafporto zahlen mußten?

Niederhausen. Der frühere Kollege ist sicher ein grober Flegel; aber können Sie von einem Maurer, der schon berufsmäßig recht urbane Ausdrücke liebt, dann Besserung erwarten, wenn er nun noch in eine Großgrundbesitzerfamilie hineingeht?

Anzeigen.

Der Maurer Albrecht Heimbrecht wird gebeten, seinen nächsten Aufenthalt an F. von Bargen, Altona, Victoriastraße 60, bekannt zu geben. [90 A.]

München.

Das Bureau befindet sich jetzt Hans Sachsstr. 4/1, Seitengebäude, und ist unter Nr. 163 an das Telephonnetz angeschlossen. — Die Herberge des Gewerkschaftsvereins wurde nach Piesenbach 4 a verlegt. [M. 1,80]

Sterbetafel.

Unter dieser Tafel veröffentlichte wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 15 A.)

Berlin. (Sektion der Rüge.) Am 19. Mai starb unser Mitglied **Edmund Reichhardt** im Alter von 65 Jahren an Herzschwäche. — Am 21. Mai starb unser Mitglied **August Block** im Alter von 64 Jahren an Herzschlag. — Am 22. Mai starb unser treuer Verbandskollege **Christian Woltschach** im Alter von 62 Jahren an Lungenentzündung. — Am 24. Mai starb unser treuer Verbandskollege **Hermann Mann** im Alter von 57 Jahren an Herzschwäche.

Essen. Am 21. Mai starb unser langjähriges Mitglied, der Kollege **Albert Hoffmann**, im Alter von 46 Jahren infolge einer alten Nierenentzündung. — Am 18. Mai starb unser treuer Kollege **Konrad Mai** im Alter von 45 Jahren an Lungenentzündung.

Mölin i. Bg. Am 16. Mai starb unser Ehrenmitglied **G. Brüggemann** im Alter von 80 Jahren an Gehirnlagegeschwulst.

Nürnberg-Giech. Am 22. Mai starb unser braver und pflichterfüllter Kollege **Nikolaus Schobert** im Alter von 40 Jahren an der Prostatenentzündung.

Zeulendorf. Am 16. Mai starb im Alter von 22 Jahren unser Verbandskollege **August Gotthardt** an der Malaria.

Zeulendorf. Am 10. d. M. starb der Kollege **Leberecht Bastian** im Alter von 55 Jahren an Lungenentzündung.

Zeulendorf. Am 21. Mai starb infolge Zerknirschens eines Hühnerkopfes beim Schneidebühl der Kollege **Moritz Wagner** aus Schneidebühl im Alter von 55 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

[M. 2,10] Düsseldorf.

Die Kollegen **Paul Weber** (Werb.-Nr. 182 519) und **Josef Kreckel** (Werb.-Nr. 65 904) werden aufgefordert, die aus der Zentralbibliothek entliehenen Bücher sofort abzuliefern. Kollegen, die den Aufenthalt der Genannten wissen, werden gebeten, dem Zweigverein Düsseldorf hiervon Mitteilung zu machen.

Croppenstedt.

Unser Zweigverein feiert am 4. Juni (2. Pfingstfesttag), Nachmittags 3 Uhr, sein

* Stiftungsfest *

wozu sämtliche Kollegen hierdurch freundschaftlich eingeladen sind. [M. 2,70] Der Vorstand.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 3. Juni.

Alstedten. Nachmittags 4 Uhr.

Montag, den 4. Juni (2. Pfingstfesttag).

Belzig. Nachm. 10 Uhr. Die Häuser müssen zur Stelle sein.

Horst-Emscher. Bei Wolf. Wichtige Tagesordnung.

Pödeldorf. Nachmittags 8 Uhr.

Dienstag, den 5. Juni.

Lucka. Nachm. 8 Uhr. Die Häuser müssen zur Stelle sein.

Mittwoch, den 6. Juni.

Berlin. (Gruppe Rabisspänner) Abends 8 1/2 Uhr bei Jannsch, Jannschstr. 10.

Wittenberg. Abends 8 1/2 Uhr bei Otto.

Donnerstag, den 7. Juni.

Glogau. Abends 8 1/2 Uhr im „Maiteller“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Spandau. Abends 8 Uhr bei Rume. Schneewasserstr. 20. Z.-D.: Beitrags-erhöhung. Mitgliedsbuch legitimiert.

Freitag, den 8. Juni.

Berlin. (Gruppe Rabisspänner und -Träger) Abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Str. 15, Saal 1.

Sonntag, den 9. Juni.

Schleiz. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Sonderburg. Nachm. 8 Uhr in der Zentralherberge. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Wanne. Abends 8 Uhr bei Gomburg, Schulstr. 2.

Sonntag, den 10. Juni.

Allstedt. Abends 7 Uhr im Gasthof „Zum Alter“.

Meuselwitz. Nachm. 8 Uhr im „Deutschen Kaiser“.

Norfort. Wichtige Tagesordnung. (Wann und Wo?)

Tilsit. Nachm. 11 Uhr. Mitgliedsbücher mitbringen.

Trebnitz. Nachm. 8 1/2 Uhr in der Gastwirtschaft von Hink. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Werder a. d. H. Nachm. 4 Uhr bei Ros.

Zeulendorf. Nachm. 8 1/2 Uhr im Geschäftshaus Lokale.

Dienstag, den 12. Juni.

Bitterfeld. Abends 7 1/2 Uhr im „Kochergarten“.

Öffentliche Maurerversammlungen.

Montag, den 4. Juni (2. Pfingstfesttag).

Dresden. Nachm. 1 1/2 Uhr. Referent anwesend. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Riter & Co. in Hamburg.